



22

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 12

Dezember 1967

Grafik des Monats: Kommunale Bauinvestitionen 1966

Aufsätze:

Gemeinden und Ämter

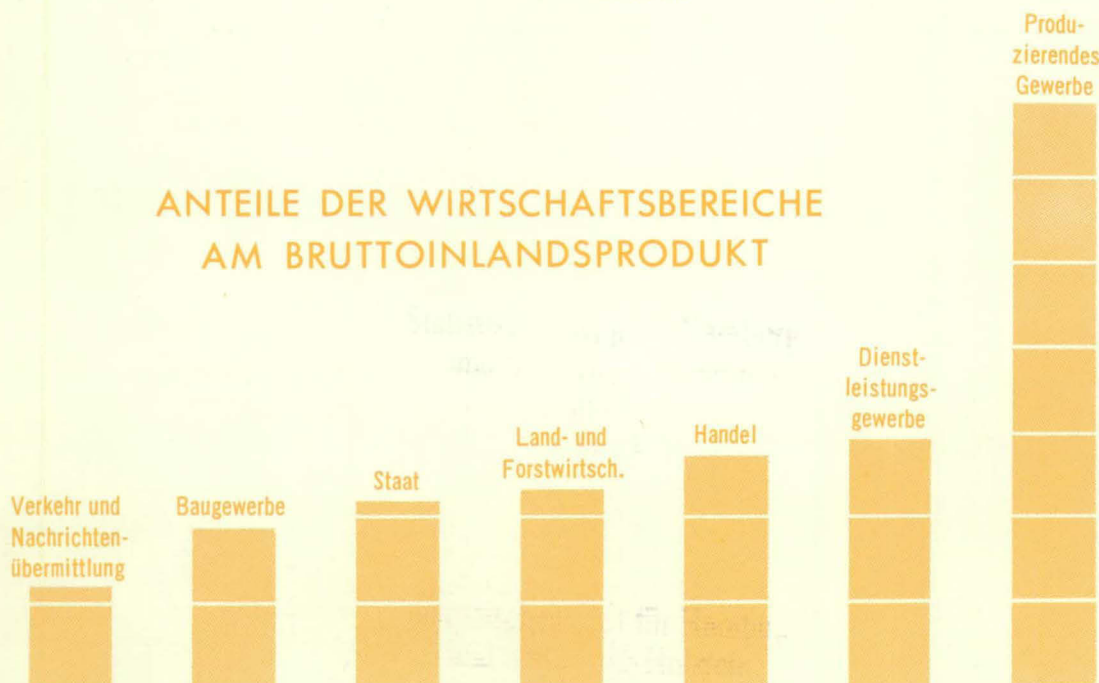
Wasserhaushalt Industrie

Löhne im Handwerk

Die kommunalen Haushalte 1966

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1966	1967	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Mai bis Sept. ¹		
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)				
Produktionsindex	1958 = 100	142	140	- 1
Beschäftigte ²	1 000	180	171	- 5
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	792	803	+ 1
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	23	21	- 9
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	10,7	9,5	- 11
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 548	2 442	- 4
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	140,1	122,3	- 13
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	93,7	106,2	+ 13
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 227	4 921	- 6
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	107,9	105,5	- 2
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	107,6	103,0	- 4
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	106,0	104,6	- 1
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	112,2	104,3	- 7
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	113,1	114,7	+ 1
Ernährung	1962 = 100	112,4	112,6	+ 0
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 173	2 242	+ 3
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	6 569	7 102	+ 8
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 382	3 860	+ 14
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	58	58	+ 0
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	84	91	+ 9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	47	50	+ 6
Lohnsteuer	Mill. DM	49	49	+ 1

1) bei "Geld und Kredit": April bis August

2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

INHALT 12/67

	Seite
Aktuelle Auslese	265
Aufsätze	
Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Ämter	266-272
Der Wasserhaushalt der Industrie 1965 ,	273-275
Lohn- und Arbeitszeitentwicklung im Handwerk	278-284
Die kommunalen Haushaltsrechnungen 1966	284-288
Grafik des Monats	276-277
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1967

Verschuldung der Gemeinden
Verbrauch in Bauernhaushalten
Realkreditinstitute
Krankenversicherung
Rentenversicherung

Heft 2/1967

Umsatzstruktur Handwerk
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)
Grenzverkehr 1956 - 1965

Heft 3/1967

Straßen in Schleswig-Holstein
Personalausgaben 1951 bis 1965
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)
Ölfrüchte
Urlaubsausgaben
Finanzen der Krankenkassen

Heft 4/1967

Öffentliche Jugendhilfe
Sportstätten
Umsätze im Gastgewerbe 1966
Obstbäume 1965
Zwischenfrüchte 1966

Heft 5/1967

Bruttoinlandsprodukt 1950 - 1965
Volksschule von gestern bis heute
Ernten 1966
Preise im Gastgewerbe 1965
Brände 1966

Heft 6/1967

Landtagswahl 1967
Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen
Viehbestände 1966
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft
Spitzengehälter 1965
Handwerk 1966/67



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 12

Dezember 1967

Aktuelle Auslese



Fertiggestellte Wohnungen nicht weniger als 1966

Nachdem im ersten Vierteljahr 1967 in Schleswig-Holstein die Baugenehmigungen für Wohnungen noch um 17 % gegenüber dem ersten Vierteljahr 1966 zurückgegangen waren, hat die Zahl der Bauwilligen bis September den Stand des Vorjahres überschritten. Auch die Zahl der als fertiggestellt gemeldeten Wohnungen läßt keinen Rückgang erkennen. Bei den neuen Wohnungen besteht weiterhin der Trend zur größeren Wohnung. Die durchschnittliche Brutto-Wohnfläche ist seit 1960 von 66 m² auf 75 m² gestiegen.

	als fertiggestellt gemeldet	genehmigte
Januar bis September		
	Wohnungen in ganzen Wohngebäuden	
1966	10 898	18 434
1967	10 901	18 808
Veränderung	+ 0 %	+ 2 %



Rückgang der Baupreise

Der Baupreisindex für Wohngebäude ist im Bundesgebiet seit Herbst 1966 rückläufig. Nachdem er im August 1966 mit 116,8 (1962 = 100) seinen Höchststand erreicht hatte, fiel er bis August 1967 auf 113,4. Der Wohnungsbau war damit in diesem Sommer etwa so teuer wie vor zwei Jahren.

Im Tiefbau sanken die Preise viel eher und viel stärker. Der Preisindex für Straßenbau erreichte bereits im Mai 1964 seinen Höchststand mit 105,2. Bis August 1967 ging er auf 90,9 zurück. Die Straßenbauleistungen kosteten im Sommer 1967 etwa so viel wie Anfang 1961.



Weiterhin hohe Kapazität im Bauhauptgewerbe

Der Zuwachs des Gerätebestandes im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins ist seit Ende Juni 1966 zwar deutlich langsamer geworden, hat aber bei den meisten Geräten noch zu einer Bestandsvermehrung geführt. Lediglich bei Betonmischern, Bauaufzügen und Förderbändern scheint eine Sättigung eingetreten zu sein.

	Bestand Juni 1967	Veränderung gegenüber Juni 1966
Betonmischer	5 966	- 97
Bauaufzüge	2 327	- 36
Förderbänder	1 438	- 24
Lastkraftwagen	3 629	+ 62
Bagger	1 609	+ 12
Kompressoren	667	+ 22
Straßenwalzen	639	+ 42
Schütter	461	+ 6
Turmdrehkrane	458	+ 19

Diese Entwicklung erlaubt den Schluß, daß sich trotz Freisetzung von Arbeitskräften – die Zahl der Hilfskräfte ging um 4 300 (20 %), die der Fachkräfte allerdings nur um 1 700 (5 %) zurück – das Leistungsvermögen des Bauhauptgewerbes auf hohem Niveau gehalten hat.



Industrielle Produktion auf Vorjahresniveau

Die industrielle Produktion hat in Schleswig-Holstein das Vorjahresniveau im ganzen knapp gehalten (- 1%). Wird der Vergleich auf die einzelnen Vierteljahre abgestellt, so ergibt sich für das erste und für das dritte Vierteljahr eine Übereinstimmung der 1966 und 1967 produzierten Gütermenge. Nur im zweiten Vierteljahr wurden 1967 weniger (- 3%) Industrieerzeugnisse hergestellt als 1966.

Auch im Bundesgebiet hat sich die Produktionstätigkeit belebt. In der Zeit von Januar bis August 1967 belief sich der Produktionsrückstand – am entsprechenden Vorjahreszeitraum gemessen – noch auf 5,1 %, bei Einbeziehung der Produktion vom September verringerte er sich auf 4,7 %.

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Ämter

Im Zuge von Verschiebungen der Bevölkerung im Lande, der Zunahme der Verwaltungsaufgaben und der Modernisierung der Methoden der Verwaltung ist die Frage der zweckmäßigsten Verwaltungsgliederung wieder in den Vordergrund gerückt. Ein gewichtiger Gesichtspunkt ist hierbei die Größe der Verwaltungseinheiten überhaupt, d. h. die Zahl der von den Gemeinden, Ämtern und Kreisen zu betreuenden Bürger. So stellt die folgende Darstellung bewußt die Größe der Gemeinden und Ämter, gemessen an den Einwohnerzahlen, in den Vordergrund. Es ist klar, daß selbst zwischen Gemeinden gleicher Größe erhebliche strukturelle Unterschiede bestehen können, die z. B. auf unterschiedliche Flächengröße, Siedlungsstruktur, naturräumliche Zugehörigkeit, Verkehrslage und auf ihre bisherige geschichtliche Entwicklung zurückzuführen sind. Hier sollen aber diese strukturellen Unterschiede vernachlässigt werden. Die Gemeinden und Ämter werden in erster Linie als Träger von Einrichtungen der Verwaltung gesehen, also mit ihrer Aufgabe, den Bürger der Gemeinde zu betreuen. Selbstverständlich gibt es daneben und vielleicht auch davor weitere wichtige Gesichtspunkte, auf die hier einzugehen jedoch nicht der Ort ist.

Die Gemeinden

Vor 100 Jahren - durch die Verordnung vom 22. September 1867 betr. die Landgemeindeverfassung im Gebiete der Herzogtümer Schleswig und Holstein - wurden in den Herzogtümern Schleswig und Holstein die Gemeinden geschaffen. Bis 1873 waren 1 724 Landgemeinden und 360 selbständige Gutsbezirke gebildet worden.

Die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark im Jahre 1920 und die Auflösung von 321 Gutsbezirken im Jahre 1928 führten zu größeren Veränderungen im Bestand der kommunalen Einheiten. So gab es am 1.1.1929 nur noch 1 349 Landgemeinden und 4 selbständige Gutsbezirke.

Zwischen 1933 und 1939 erhöhte sich einerseits die Zahl der Landgemeinden erheblich, weil in den Kreisen Husum, Norder- und Süderdithmarschen die Bauernschaften, Dorfschaften und Köge als selbständige politische Einheiten anerkannt wurden. Im Kreis Süderdithmarschen stieg die Zahl um 64, im Kreis Norderdithmarschen um 56 und im Kreis Husum um 42 an. Andererseits setzten schon 1933 Bestrebungen ein, durch Zusammenlegung kleiner Gemeinden leistungsfähigere Verwal-

tungseinheiten zu schaffen. Hier ist vor allem die Oldenburgische Verwaltungsreform von 1933 zu nennen, auf Grund derer im Kreis Eutin Großgemeinden gebildet wurden. Im Kreis Oldenburg verfuhr man ähnlich und verringerte die Zahl der Gemeinden von 1933 bis 1939 um 74. Im Kreis Segeberg wurden in der gleichen Zeit 31 Gemeinden, im Kreis Plön 23 Gemeinden zu größeren Gemeinden zusammengelegt. In den übrigen Kreisen waren die Veränderungen geringer.

In der Nachkriegszeit erfolgten nur wenige Veränderungen. Lediglich 1951 wurde ein Teil der zwischen 1933 und 1939 zwangsweise zusammengelegten Gemeinden der Kreise Segeberg und Plön wieder selbständig.

Im einzelnen veränderte sich die Zahl der Gemeinden wie folgt:

Stand	Zahl der Gemeinden	davon waren		
		Städte (einschl. Flecken ¹⁾)	Land- gemeinden	selbständige Gutsbezirke
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920				
1. 12. 1880	2 142	54	1 729	359
1. 12. 1900	2 110	55	1 701	354

Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936

16. 6. 1925	1 675	47	1 297	331
1. 1. 1928	1 659	47	1 285	327
1. 1. 1929	1 400	47	1 349	4
16. 6. 1933	1 396	47	1 345	4

Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937

17. 5. 1939	1 381	49	1 329	3
13. 9. 1950	1 373	51	1 319	3
6. 6. 1961	1 395	54	1 339	2
31. 12. 1966	1 380	55	1 323	2 ^a

1) Flecken waren Gemeinden mit bestimmten städtischen Rechten und Verpflichtungen, jedoch mit einfacherer Verfassung als die Städte (Preußische Gesetzsammlung S. 589). 1925 war nur noch Arnis ein Flecken. In der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung von 1950 kommt der Begriff "Flecken" nicht mehr vor

a) Forstgutsbezirke Buchholz (Kreis Segeberg) und Sachsenwald (Kreis Hsgt. Lauenburg)

Am 1.1.1967 verteilte sich in Schleswig-Holstein die Wohnbevölkerung von 2 472 526 Menschen auf 1 380 Gemeinden. Davon waren 1 376 kreisangehörige Gemeinden, darunter 51 kreisangehörige Städte, und 4 kreisfreie Städte. Allein in den 15 größten Städten des Landes leben über 1 Mill. Menschen, so daß für die restlichen 1 365 Gemeinden eine Einwohnerzahl von nicht einmal 1,5 Mill. bleibt. In nur 1% der schleswig-holsteinischen Gemeinden wohnen etwa 40% der Bevölkerung.

Kreisangehörige Gemeinden

Von den 1 376 kreisangehörigen Gemeinden in Schleswig-Holstein haben noch 767 Gemeinden weniger als 500 Einwohner (im folgenden als Kleingemeinden bezeichnet). In ihnen leben nur etwas über 200 000 Menschen. Somit wohnt in über der Hälfte der schleswig-holsteinischen Gemeinden weniger als ein Zehntel der gesamten Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß es nach dem Stand vom 1.1.1967 noch 18 Gemeinden mit weniger als 50 Einwohnern gibt. Es handelt sich im einzelnen um folgende Gemeinden:

Größe	Kreis Husum	11 Einwohner
Süderhöft	" Husum	22 "
Wiedenborstel	" Steinburg	24 "
Witsum	" Südtondern	29 "
Bekhof	" Steinburg	32 "
Göttin	" Hzt. Lauenburg	34 "
Schwabstedter Westerkoog	" Husum	35 "
Hassenbüttel	" Norderdithmarschen	36 "
Büllsbüll	" Südtondern	36 "
Knorburg	" Südtondern	36 "
Bergewährden	" Norderdithmarschen	37 "
Hedehusum	" Südtondern	38 "
Moordorf	" Steinburg	41 "
Grothusenkoog	" Eiderstedt	42 "
Albsfelde	" Hzt. Lauenburg	42 "
Augustenkoog	" Eiderstedt	49 "
Holstendorf	" Hzt. Lauenburg	49 "
Wellerhoop	" Norderdithmarschen	49 "

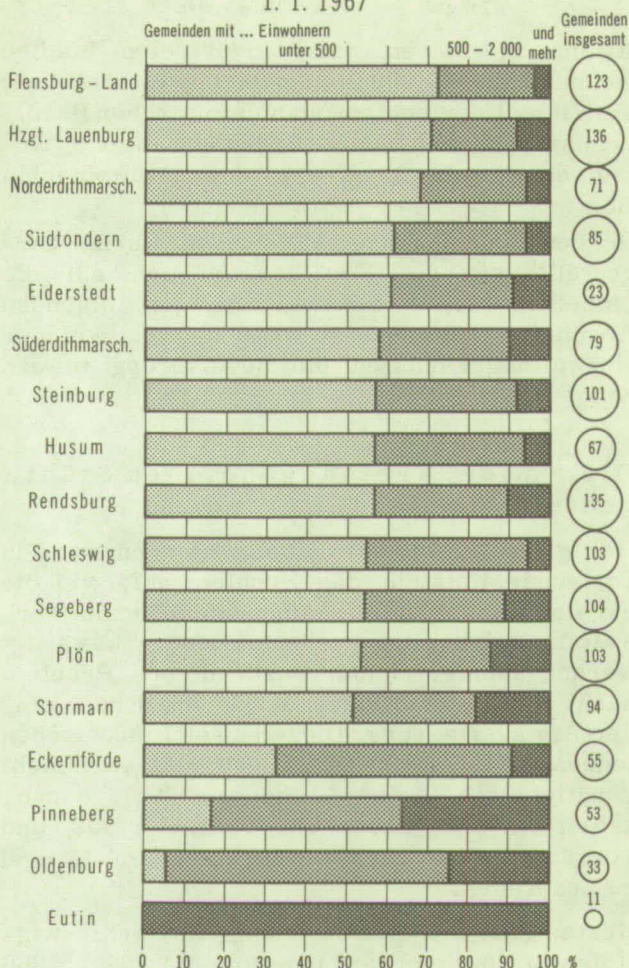
Daneben bestehen noch die beiden gemeindefreien Gebiete "Forstgutsbezirk Sachsenwald" im Kreis Hzt. Lauenburg und "Forstgutsbezirk Buchholz" im Kreis Segeberg.

Besonders viele Gemeinden gibt es in den Kreisen Hzt. Lauenburg (136), Rendsburg (135) und Flensburg-Land (123). In den Kreisen Eutin (11), Eiderstedt (23) und Oldenburg (33) liegen dagegen verhältnismäßig wenige Gemeinden. Die absolute Zahl der Gemeinden sagt aber nicht genug über die Verteilung der Bevölkerung aus. Hierüber kann man sich Klarheit verschaffen, wenn man die einzelnen Gemeinden auf ihre Größenordnung hin untersucht und die Gemeindegrößenklassen ermittelt, die in den einzelnen Kreisen vorherrschen.

Dabei ist der Kreis Eutin atypisch, denn er gliedert sich auf Grund der 1933 durchgeführten Oldenburgischen Verwaltungsreform in 11 Großgemeinden. Im Kreis Eutin gibt es keine Gemeinde unter 3 000 Einwohnern. Im übrigen liegt der Anteil der Kleingemeinden entsprechend dem Landesdurchschnitt in 13 von 17 Kreisen über 50%. Am höchsten ist dieser Anteil in den Kreisen Flensburg-Land, Hzt. Lauenburg und Norderdith-

D - 3840

DIE GEMEINDEN nach ihrer Größe in den Kreisen 1. 1. 1967



marschen mit jeweils etwa 70%. Dagegen beträgt der Anteil im Kreis Oldenburg nur 6%, im Kreis Pinneberg 17% und im Kreis Eckernförde 33%.

Der Anteil der Gemeinden mit mindestens 2 000 Einwohnern ist in den Kreisen Flensburg-Land und Schleswig mit nur etwas über 3% (4 Gemeinden) bzw. knapp 5% (5 Gemeinden) besonders gering. Dagegen gehören im Kreis Pinneberg 36% der Gemeinden dieser Größenklasse an (19 Gemeinden).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es außer im Kreis Eutin in den Kreisen Pinneberg, Oldenburg, Stormarn und Plön verhältnismäßig viele Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern gibt. Dagegen wird vor allem in den Kreisen Flensburg-Land, Hzt. Lauenburg, Norderdithmarschen, Südtondern und Eiderstedt das Landschaftsbild durch Kleingemeinden bestimmt.

Kreisfreie Städte

Schleswig-Holstein hat vier kreisfreie Städte, die nach dem Stand vom 1.1.1967 folgende

Einwohnerzahlen aufweisen:

Kiel	270 046	Einw.	Flensburg	96 690	Einw.
Lübeck	242 608	"	Neumünster	73 956	"

Allein in diesen vier kreisfreien Städten wohnen gut 680 000 Menschen, d. h. mehr als ein Viertel der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Die besondere Bedeutung dieser Gemeinden für das Land wird daraus offensichtlich.

In den bisherigen Ausführungen wurde dargestellt, wie die Bevölkerung sich auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Im folgenden Abschnitt soll gezeigt werden, von welchen Verwaltungseinheiten die Bevölkerung in den Kreisen betreut wird.

Die Ämter, kreisangehörigen Städte und amtsfreien Gemeinden

Der große Anteil der Kleingemeinden warf in Schleswig-Holstein das Problem auf, wie die bei den einzelnen Gemeinden anfallende Verwaltungsarbeit zufriedenstellend bewältigt werden könnte. Gelöst wurde dieses Problem nach dem 2. Weltkrieg durch die Einführung der Amtsverfassung. Diese hat sich inzwischen jedenfalls soweit bewährt, daß man sich nicht genötigt sah, einen anderen Weg einzuschlagen. Man baute sie vielmehr aus und versucht, ihre bisher aufgetauchten Mängel zu beseitigen.

Heute gilt die Amtsordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 24. Mai 1966 (abgedruckt im GVOBl. S. 128). Diese Neufassung enthält als wesentliche Neuerung die Heraufsetzung der Mindestgröße der Ämter von 3 000 auf 5 000 Einwohner. Die Mindestgröße von 5 000 Einwohnern wird bisher nur in wenigen Ämtern erreicht. Dadurch ist die Frage der Ämtereinteilung neu gestellt und in Fluß geraten. Die Landräte erhielten den Auftrag, Konzeptionen für Ämterzusammenlegungen in den einzelnen Kreisen zu entwickeln.

Nach § 1 der Amtsordnung haben die Ämter die Aufgabe, die auf den kreisangehörigen Gemeinden ruhende Verwaltungsarbeit zu erleichtern. Sie sollen die kreisangehörigen Gemeinden in der Verwaltungsführung unterstützen, im besonderen die kleinen Gemeinden von solchen Aufgaben freistellen, die hauptamtliche Fachkräfte erfordern. Nach § 2 der Amtsordnung soll jedes Amt ein abgerundetes Gebiet umfassen, dessen Größe und Einwohnerzahl so zu bemessen ist, daß eine leistungsfähige, sparsame und wirtschaftlich arbeitende Verwaltung unter ehrenamtlicher Leitung erreicht wird. Hierbei sind die örtlichen Verhältnisse sowie die kirchlichen, kulturellen und geschichtlichen Be-

ziehungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

So läßt es sich einerseits nicht bestreiten, daß die Ämter unter 5 000 Einwohnern sowohl nach ihrer Verwaltungskraft als auch nach ihrer finanziellen Leistungskraft Schwierigkeiten haben dürften, modernen Verwaltungsbedürfnissen zu genügen. Andererseits ist es verständlich, daß die Bürger in Gebieten mit weitläufiger Siedlungsstruktur und geringer Bevölkerungsdichte sich gegen eine ausnahmslose Aufstockung der Ämter auf die Mindestgröße wehren, weil ihnen dadurch der nahe und verkehrsgünstig gelegene Verwaltungsmittelpunkt verloren gehen könnte. Hier sei besonders auf die Inseln hingewiesen.

Am 1.1.1967 gab es in Schleswig-Holstein trotz der inzwischen auf 5 000 Einwohner erhöhten Mindestgröße noch 210 Ämter. Wieweit man von dem gesteckten Ziel entfernt ist, wird vor allem daran deutlich, daß es bisher erst 40 Ämter mit mindestens 5 000 Einwohnern gibt. Daraus folgt, daß über 80% der Ämter eine Größe haben, die unter dem Mindestdatz bleibt. Unter 2 000 liegt die Einwohnerzahl immerhin noch in 36 Ämtern (17%), unter 3 000 in 93 Ämtern (44%). Also fast die Hälfte der Ämter kann noch nicht einmal die vorherige Mindestgröße von 3 000 Einwohnern aufweisen.

Betrachtet man die Zahl der in den Ämtern zusammengefaßten Gemeinden, dann stellt man fest, daß die Ämter mit 4 Gemeinden am häufigsten vertreten sind. Insgesamt gehören 34 Ämter dieser Kategorie an. 32 Ämter setzen sich aus 3 Gemeinden, 29 aus 5 Gemeinden und 22 aus 2 Gemeinden zusammen. Über die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Ämter umfassen also mindestens 2 und höchstens 5 Gemeinden. Insgesamt gehören den 210 Ämtern 1 255 Gemeinden an.

Anhand von kreisweisen Darstellungen soll im folgenden ermittelt werden, wie sich die Ämter im einzelnen über das Land Schleswig-Holstein verteilen. Einleitend ist wieder darauf hinzuweisen, daß es im Kreis Eutin keine Ämter gibt. Der Kreis Eutin besteht ausschließlich aus 9 amtsfreien Gemeinden und 2 Städten. Andererseits wird die Verwaltung in anderen Kreisen, wie z. B. Südtondern, fast ausschließlich durch die Ämter bestimmt. Neben der absoluten Zahl der Ämter in den einzelnen Kreisen interessiert vor allem der prozentuale Anteil bestimmter Ämtergrößenklassen.

Die meisten Ämter gibt es in den Kreisen Rendsburg, Schleswig und Flensburg-Land. Allein in diesen drei Kreisen befinden sich rund 30% aller schleswig-holsteinischen Ämter. Gering ist die Zahl der Ämter da-

Die Ämter in den Kreisen am 1. 1. 1967 nach Zahl der Einwohner und der angeschlossenen Gemeinden

Kreis	Ämter	davon mit ... Einwohnern			davon (Sp. 1) mit	
		unter 3 000	unter 5 000	5 000 und mehr	2 - 5 Gemeinden	6 u. mehr
Eckernförde	14	9	12	2	11	3
Eiderstedt	6	6	6	—	5	1
Eutin	—	—	—	—	—	—
Flensburg-Land	20	12	19	1	10	10
Hzgt. Lauenburg	13	2	8	5	1	12
Husum	12	6	12	—	6	6
Norderdithmarschen	8	2	5	3	2	6
Oldenburg (Holstein)	8	6	8	—	8	—
Pinneberg	7	1	3	4	4	3
Plön ¹	15	3	14	1	7	8
Rendsburg ²	22	13	19	3	13	9
Schleswig	22	16	20	2	16	6
Segeberg ³	15	4	12	3	9	6
Steinburg	14	3	11	3	6	8
Stormarn	12	—	4	8	5	7
Süderdithmarschen	10	2	7	3	6	4
Südtondern ⁴	12	8	10	2	8	4
Schleswig-Holstein	210	93	170	40	117	93
dagegen 31. 12. 1957	221	109	188	33	.	.

1) Mit Wirkung vom 1. 1. 1968 sollen drei Ämter zu einem neuen Amt zusammengeschlossen werden

2) Amt Jevenstedt führt seit 1. 4. 1967 die Verwaltungsgeschäfte des Amtes Luhnstedt

3) Mit Ablauf des 31. 12. 1967 soll ein Amt aufgelöst werden

4) Mit Ablauf des 30. 6. 1967 wurden vier Ämter aufgelöst

gegen in den Kreisen Eiderstedt, Pinneberg, Norderdithmarschen und Oldenburg.

Kleine Ämter, die nicht einmal die vorherige Mindestgröße von 3 000 Einwohnern aufweisen, gibt es vor allem in den Kreisen Eiderstedt, Oldenburg, Schleswig, Südtondern, Eckernförde, Flensburg-Land, Rendsburg und Husum. Ihr jeweiliger Anteil reicht von 50 Prozent im Kreis Husum bis zu 100 Prozent im Kreis Eiderstedt. Entsprechend gering ist in diesen Kreisen der Anteil der Ämter mit mindestens 5 000 Einwohnern; in keinem Fall liegt er über 17 Prozent. Verhältnismäßig viele große Ämter gibt es dagegen in den Kreisen Stormarn, Pinneberg, Hzgt. Lauenburg, Norderdithmarschen und Süderdithmarschen. Der jeweilige Anteil der Ämter mit mindestens 5 000 Einwohnern reicht in diesen Kreisen von 30 Prozent im Kreis Süderdithmarschen bis zu 67 Prozent im Kreis Stormarn.

Es wurde schon erwähnt, daß über die Hälfte der schleswig-holsteinischen Ämter mindestens 2 und höchstens 5 Gemeinden umfassen. Ganz anders ist das Bild aber im Kreis Hzgt. Lauenburg. Hier gibt es 12 Ämter, denen mindestens 6 Gemeinden angehören, und nur ein Amt mit weniger als 6 Gemeinden. Ähnlich sind die Verhältnisse im Kreis Norderdithmarschen, wo sich von den insgesamt 8 Ämtern 6 aus mindestens 6 Gemeinden zusammensetzen.

Von den 28 Ämtern mit mindestens 10 Gemeinden befinden sich 6 im Kreis Hzgt. Lauenburg, 4 im Kreis Steinburg und je 3 in den Kreisen Norderdithmarschen, Stormarn und Süderdithmarschen. Dagegen gibt es in den Kreisen Eckernförde, Eiderstedt, Husum, Oldenburg und Schleswig keine Ämter dieser Größenordnung.

Kreisangehörige Städte und amtsfreie Gemeinden

In Schleswig-Holstein waren am 1. 1. 1967 nur 125 Gemeinden keinem Amt angeschlossen. Davon waren 51 kreisangehörige Städte, 70 amtsfreie Gemeinden und 4 kreisfreie Städte.

Unter den kreisangehörigen Städten sind noch 10, in denen weniger als 5 000 Menschen wohnen. Es handelt sich im einzelnen um folgende Städte:

Amt	Kreis Schleswig	620 Einwohner
Garding	" Eiderstedt	1 877 "
Krempe	" Steinburg	2 348 "
Friedrichstadt	" Schleswig	3 092 "
Wesselbüren	" Norderdithmarschen	3 647 "
Bredstedt	" Husum	4 178 "
Kappeln	" Schleswig	4 371 "
Tönning	" Eiderstedt	4 507 "
Wilster	" Steinburg	4 855 "
Wyk auf Föhr	" Südtondern	4 980 "

Die größte kreisangehörige Stadt ist Elms-
horn im Kreis Pinneberg mit 38 180 Ein-
wohnern. Kreisangehörige Städte mit über
30 000 Einwohnern gibt es sechs. Von diesen
sechs Städten liegen drei im Kreis Pinne-
berg.

Die amtsfreien Gemeinden in den Kreisen
am 1. 1. 1967 nach der Größenklasse

Kreis	Amts- freie Gemein- den	davon mit ... Einwohnern		
		unter 3 000	unter 5 000	5 000 und mehr
Eckernförde	1	—	—	1
Eiderstedt	2	1	2	—
Eutin	9	—	4	5
Flensburg-Land	2	1	1	1
Hzgt. Lauenburg	1	—	—	1
Husum	2	2	2	—
Norderdithmarschen	2	2	2	—
Oldenburg (Holstein)	9	7	8	1
Pinneberg	9	—	1	8
Plön	7	1	6	1
Rendsburg	9	2	5	4
Schleswig	—	—	—	—
Segeberg	6	3	5	1
Steinburg	1	—	1	—
Stormarn	4	—	—	4
Süderdithmarschen	4	2	4	—
Südtondern	2	1	1	1
Schleswig-Holstein	70	22	42	28
dagegen 31. 12. 1957	67	24	44	23

Die meisten amtsfreien Gemeinden gibt es
in den Kreisen Eutin, Oldenburg, Pinneberg
und Rendsburg mit jeweils neun. In den
Kreisen Plön und Segeberg sind es sieben
und sechs. 49 von 70 amtsfreien Gemeinden
(70%) verteilen sich also auf sechs der
siebzehn Kreise. Im Kreis Schleswig gibt
es keine amtsfreie Gemeinde.

Von den 70 amtsfreien Gemeinden hatten 28
(40%) mindestens 5 000 Einwohner. Aber in
immerhin 22 amtsfreien Gemeinden (31%)
lag die Bevölkerung noch unter 3 000. Von
den 28 amtsfreien Gemeinden mit mindestens
5 000 Einwohnern verteilen sich 21 allein
auf die vier Kreise Pinneberg (8), Eutin (5),
Rendsburg (4) und Stormarn (4).

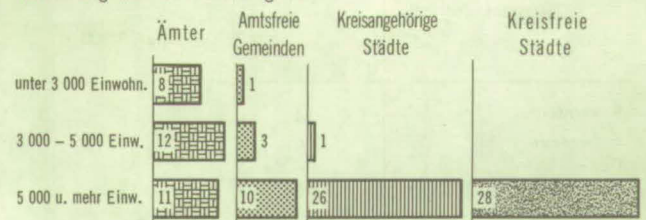
Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen:
Für fast ein Drittel der Bevölkerung werden
die notwendigen Verwaltungsaufgaben von
Ämtern durchgeführt. Jeweils ein gutes Viertel
der Bevölkerung lebt in kreisangehörigen und
kreisfreien Städten. Etwa jeder zweite Schles-
wig-Holsteiner wohnt also in der Stadt.

Der Anteil der Verwaltungseinheiten mit
weniger als 3 000 Einwohner ist immer noch
verhältnismäßig hoch; fast jeder Zehnte ge-
hört zu einer solchen Verwaltungseinheit.

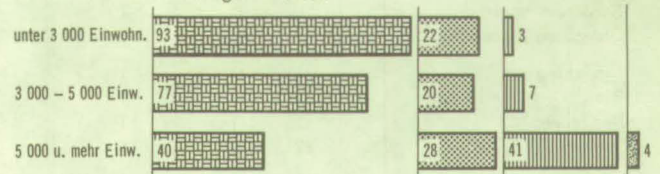
D - 3841

Anzahl und Bevölkerungsanteil der Verwaltungseinheiten 1. 1. 1967

Verteilung der Bevölkerung auf



Anzahl der Verwaltungseinheiten



Für nur knapp 75% der Bevölkerung sind
Verwaltungseinheiten mit mehr als 5 000 Ein-
wohnern zuständig. Jeder vierte Einwohner
wohnt also noch im Bereich einer Verwal-
tungseinheit, die nicht die angestrebte Min-
destgröße hat.

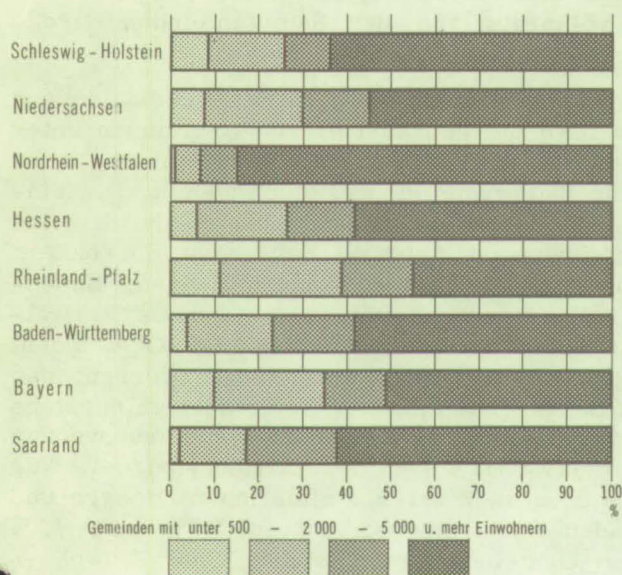
Zur Verbesserung dieser Situation wurde die
Amtsordnung geändert. Aber auch schon vor
der Änderung der Amtsordnung wurden Maß-
nahmen zur Vergrößerung der Verwaltungs-
einheiten ergriffen. So verringerte sich die
Zahl der Ämter vom 31. Dezember 1957 bis
zum 1. April 1966 von 221 auf 212. Seit dem
Inkrafttreten der neuen Amtsordnung wurden
zusätzlich sechs Ämter aufgelöst und ein
Amt neu gebildet, wodurch es am 1. Juli 1967
nur noch 207 Ämter gab. Mit der Auflösung
der Ämter ging eine Vergrößerung der Ämter
einher, denn in der Zeit vom 31.12.1957 bis
zum 1.1.1967 sank die Zahl der Ämter mit
weniger als 5 000 Einwohnern um 18, während
die Zahl der Ämter mit mehr als 5 000 Ein-
wohnern um 7 anstieg. Die von den Landrätern
ausgearbeiteten Pläne zielen z.Zt. auf eine
Verminderung der Zahl der Ämter auf 148.

Vergleich mit anderen Ländern

Bei einem Vergleich der Gebietsgliederung in
Schleswig-Holstein mit der in den anderen
Flächenländern des Bundesgebietes sind zu-
nächst die absoluten Zahlen der Gemeinden
bestimmter Größenklassen und ihr jeweiliger
prozentualer Anteil von Bedeutung. Daneben
ist von besonderem Interesse, wie die Bevöl-
kerung sich auf die Gemeinden dieser Grö-
ßenklassen verteilt.

Aus der Übersicht ergibt sich, daß in Schles-
wig-Holstein der prozentuale Anteil der Klein-
gemeinden mit 55,6% am größten ist. Nur in
Rheinland-Pfalz und Bayern sind ebenfalls

Verteilung der Bevölkerung auf die Gemeinden verschiedener Größe in den Flächenländern



Die Gemeinden am 1. 1. 1967
nach Größenklassen in den Flächenländern

Land	Zahl der Ge- meinden	davon mit ... Einwohnern			
		unter 500	500 2 000	2 000 5 000	5 000 u. mehr
		in %			
Schleswig-Holstein	1 380	56	33	6	6
Niedersachsen	4 243	49	38	8	4
Nordrhein-Westfalen	2 337	24	38	19	20
Hessen	2 692	44	41	10	5
Rheinland-Pfalz	2 915	54	36	7	3
Baden-Württemberg	3 380	29	48	15	8
Bayern	7 088	52	38	7	3
Saarland	347	21	44	21	14
Flächenländer insgesamt	24 382	45	39	10	6

mehr als die Hälfte der Gemeinden Kleingemeinden. Im Saarland bleibt dagegen nur etwa jede fünfte und in Nordrhein-Westfalen etwa jede vierte Gemeinde unter der Einwohnerzahl von 500. Bei einem Vergleich der Anteile der Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern verändert sich das Bild schon etwas. Hier liegt der Anteil mit genau 90% in Rheinland-Pfalz am höchsten. Und auch in Bayern ist er noch höher als in Schleswig-Holstein. Andererseits gibt es absolut und auch relativ die meisten Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen. Etwa jede fünfte Gemeinde gehört hier

dieser Größenklasse an. Aber auch im Saarland liegt der Anteil mit knapp 14% noch verhältnismäßig hoch. Außer diesen beiden Ländern kann nur noch Baden-Württemberg einen höheren Anteil aufweisen als Schleswig-Holstein.

In den 767 schleswig-holsteinischen Kleingemeinden wohnen etwa 8% der Bevölkerung. Obwohl der Anteil der Kleingemeinden in Rheinland-Pfalz und Bayern niedriger als in Schleswig-Holstein ist, lebt dort ein größerer Anteil der Bevölkerung in Kleingemeinden, und zwar gut 11% und knapp 10%. Dagegen wohnt in Nordrhein-Westfalen nicht einmal 1% der Bevölkerung in Kleingemeinden. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. In Rheinland-Pfalz verteilen sich nahezu 40% der Bevölkerung auf Gemeinden dieser Größenklasse, während es in Schleswig-Holstein etwas mehr als 25% sind. Auch in Bayern und Niedersachsen liegt der Anteil noch höher als in Schleswig-Holstein. Gut 64% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung lebt in Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern. Nur in Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil mit gut 85% noch höher. In Rheinland-Pfalz wohnt nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung in Gemeinden dieser Größenklasse.

Das Vergleichsbild bleibt unzulänglich, wenn nicht auch die Ämter und ähnliche Einrichtungen in diese Betrachtung einbezogen werden, weil man erst daraus ersehen kann, in welchem Umfang die einzelnen Gemeinden sich zusammengeschlossen und einer gemeinsamen Verwaltung untergeordnet haben. Ein vollkommener Vergleich ist aber nicht möglich, weil es nicht in allen Ländern Ämter oder ähnliche Einrichtungen gibt.

Außer in Schleswig-Holstein hat man nur noch in Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen mit den Samtgemeinden¹ solche Einrichtungen geschaffen. In Rheinland-Pfalz gibt es allerdings nur in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier Ämter, die Regierungsbezirke Montabaur, Rheinhessen und Pfalz führen die Verwaltung ohne Ämter durch, was auf die unterschiedliche geschichtliche Entwicklung zurückgeht. In Niedersachsen hat man im Verwaltungsbezirk Oldenburg keine Samtgemeinden geschaffen. Wie im Kreis Eutin liegt hierfür der Grund in der Oldenburgischen Verwaltungsreform von 1933.

1) Es handelt sich bei den Samtgemeinden um Verbände eigener Art, um Zusammenschlüsse von Ortsgemeinden auf der Grundlage der alten Kirchspiele, mit denen sie räumlich zusammenfallen. Sie sind nach dem Gesetz öffentlich-rechtliche Körperschaften mit dem Recht der Selbstverwaltung, die ihre eigenen Angelegenheiten durch Satzung regeln

Anzahl und Größe der Ämter
in 5 Bundesländern am 1. 1. 1967

Land	Ämter	Einwohner	Ein- wohner je Amt	Anteil der Ämter mit ... Einwohnern in %	
				unter 5 000	5 000 und mehr
Schleswig-Holstein ¹	210	763 887	3 638	81	19
Niedersachsen ²	212	672 531	3 172	87	13
Nordrhein-Westfalen	290	3 693 509	12 736	11	89
Rheinland-Pfalz ³	132	1 090 234	8 259	24	76
Saarland	42	475 507	11 322	24	76

1) ohne Kreis Eutin

2) hier: Samtgemeinden; ohne Verwaltungsbezirk Oldenburg

3) ohne Regierungsbezirke Montabaur, Rheinhessen und Pfalz

Trotz dieser uneinheitlichen Regelung in den einzelnen Flächenländern des Bundesgebietes und der damit verbundenen eingeschränkten Aussagefähigkeit soll im folgenden untersucht werden, in welcher Weise sich die betreffenden Länder hinsichtlich der Größe der Einrichtungen vor allem im Hinblick auf die von Schleswig-Holstein angestrebte Mindestgröße von 5 000 Einwohnern unterscheiden. In Schleswig-Holstein wiesen nur 19% der Ämter mindestens 5 000 Einwohner auf und in Niedersachsen nur 13% der Samtgemeinden. In Nordrhein-Westfalen erfüllen dagegen immerhin fast 90% der Ämter das in Schleswig-Holstein gesetzte Mindestmaß.

Im Saarland werden mehr als zwei Fünftel der Bevölkerung durch Ämter betreut, die eine Durchschnittsgröße von etwa 11 300 Einwohnern aufweisen. In Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz liegt der Anteil nahezu gleich hoch bei etwa 30%, obwohl in Rheinland-Pfalz nur in zwei von fünf Regierungsbezirken Ämter eingerichtet wurden. In den Regierungsbezirken Koblenz und Trier allein werden immerhin 70% der Bevölkerung von Ämtern betreut. Im Durchschnitt sind die Ämter in Rheinland-Pfalz mit etwa 8 300 Einwohnern mehr als doppelt so groß wie in Schleswig-Holstein. Die größten Ämter gibt es in Nordrhein-Westfalen, im Durchschnitt sind sie für rund 12 700 Einwohner und insgesamt für ein knappes Viertel der Bevölkerung

zuständig. In Niedersachsen weisen die Samtgemeinden mit nur knapp 3 200 Einwohnern die geringste Durchschnittsgröße auf. Hier wird die Verwaltung auch nur für 10% der Bevölkerung von den Samtgemeinden durchgeführt.

In den fünf obengenannten Flächenländern ist also ein großer Teil von Gemeinden unter einheitlicher Verwaltung durch ein Amt oder eine Samtgemeinde zusammengefaßt. Die einzelne Verwaltungseinheit hat dadurch eine entsprechend größere Zahl von Einwohnern zu betreuen. In den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern gibt es als Verwaltungseinheiten dagegen nur die Gemeinden. Deshalb sollte noch festgehalten werden, daß in Bayern nur 3,5% der Gemeinden mindestens 5 000 Einwohner aufweisen. Von ihnen werden nur etwa 51% der Bevölkerung betreut. Nur etwas besser ist die Situation in Hessen und Baden-Württemberg, wo in 5,3% und 7,7% der Gemeinden mindestens 5 000 Einwohner und insgesamt jeweils rund 58% der Bevölkerung leben.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß nicht nur in Schleswig-Holstein erhebliche Anstrengungen unternommen werden, durch die Neuordnung der Ämter wirtschaftlich arbeitende Verwaltungseinheiten zu schaffen. Vor allem auch in der kommunalen Öffentlichkeit der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wurden in letzter Zeit zahlreiche konkrete Pläne zur kommunalen Neuordnung erörtert. Die genannten Länder haben dafür Sachverständigenkommissionen eingesetzt. Der leitende Gedanke ist die Bildung ausreichend tragfähiger lokaler Verwaltungseinheiten vorwiegend durch Zusammenschluß von Gemeinden, teils in Verbandsform, teils als Einheitsgemeinde.

Quellen:

Statistische Berichte* A 1 2 - h | 2/66 des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes sowie der Statistischen Landesämter Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz

Statistische Berichte A 1 1 - m 12/66 des Statistischen Amtes des Saarlandes

Statistische Berichte * A 1 2 - j/66 des Bayerischen Statistischen Landesamtes

Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 133, A 1 2 - j/66.

Dipl.-Volksw. Peter Möller

Der Wasserhaushalt der Industrie 1965

Die industrielle Wasserwirtschaft ist Gegenstand von Zusatzerhebungen zum monatlichen Industriebericht, die in zweijährigen Abständen durchgeführt werden. Die wichtigsten Ergebnisse für 1965 werden nachstehend dargestellt. Gegenüber den vorhergehenden Erhebungen ist wegen der steigenden Bedeutung einer ausreichenden Reinigung des abgeleiteten Schmutzwassers dieser Sachverhalt stärker berücksichtigt worden, während die gesonderte Nachweisung des Regenwasseraufkommens entfallen ist. An die Genauigkeit der Mengenangaben können nicht ganz so hohe Anforderungen wie sonst üblich gestellt werden, da ein Teil geschätzt werden mußte.

Wasseraufkommen

Die weitaus überwiegende Menge des industriellen Wasserbedarfs wird aus industrie-eigenen Anlagen gedeckt. In der Hauptsache wird dabei auf Grundwasservorräte zurückgegriffen. Aus Oberflächenwasser stammte 1965 nur etwa ein Drittel. Ungefähr ein Zehntel ist Fremdbezug, vorwiegend wohl

aus dem öffentlichen Wasserversorgungsnetz, es können aber auch Bezüge von anderen Industriebetrieben darin enthalten sein. Der Fremdbezug zeigt mindestens seit 1961 leicht steigende Tendenz. Die Menge des überhaupt ermittelten Wasseraufkommens ist 1965 gegenüber 1963 geringfügig zurückgegangen, nachdem sie seit 1959 gestiegen war.

Wassernutzung

Gut die Hälfte - nämlich 53% - der verfügbaren Wassermenge benutzte die Industrie als Kühlwasser. Der nächst wichtige Verwendungszweck ist nicht so eindeutig abgrenzbar wie die Verwendung als Kühlwasser, da unter Fabrikationswasser sowohl das in die Erzeugnisse eingehende Wasser (z. B. in der Betonsteinindustrie, der Limonadenherstellung) als auch das Wasser für die Reinigung von Räumen und Geräten nachgewiesen wird. Als weitere Nutzungsarten

Wassernutzung

Wasseraufkommen						Wassernutzung							
	1961		1963		1965			1961		1963		1965	
	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%		Mill. cbm	%	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%
Eigenförderung	103	92	108	91	104	90	Kühlwasser	53	47	57	47	62	53
davon							Kesselspeisewasser	4	4	5	4	5	4
Grundwasser	60	54	58	49	65	56	Sonstiges Fabrikationswasser	41	36	41	34	35	30
Oberflächenwasser	43	38	50	42	39	34	Belegschaftswasser	4	3	5	4	5	4
Fremdbezug	9	8	11	9	12	10	An Dritte abgegeben	4	3	4	3	3	3
							Ungenutzt abgeleitet	7	7	9	7	6	5
Insgesamt	112	100	119	100	115	100	Insgesamt	112	100	119	100	115	100

Wasseraufkommen und -nutzung in den Industriebereichen 1965

Industriebereich	Eigenförderung			Fremd- bezug	Wasser- aufkommen- insgesamt	Genutztes Wasser	davon als				An Dritte abgegeben oder ungenutzt abgeleitet
	zu- sammen	davon					Kühl- wasser	Kessel- speise- wasser	sonstiges Fabrika- tions- wasser	Beleg- schafts- wasser	
		Grund- wasser	Ober- flächen- wasser								
Bergbau	0	0	—	—	0	0	0	—	0	0	0
Grundstoff- u. Produk- tionsgüterindustrie	66	33	33	4	70	65	42	3	19	1	4
Investitionsgüter- industrie	10	9	1	3	12	7	3	0	2	2	5
Verbrauchsgüter- industrie	3	3	0	2	5	5	1	0	3	1	0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	24	20	5	4	28	28	16	2	9	1	0
Insgesamt	104	65	39	12	115	106	62	5	35	5	10

kommen die Verwendung als Kesselspeisewasser (4%) und für die Bedürfnisse der Belegschaft (4%) in Betracht. Ein kleiner Posten (3%) wird an Dritte - das sind z. B. Betriebe oder öffentliche Wasserwerke - zur Nutzung abgegeben. Das ungenutzt abgeleitete Wasser betrug 1965 ungefähr 5%. Sein Anteil an der gesamten industriellen Wasserverwendung ist seit 1961 (7%) rückläufig.

Wasseraufkommen und -nutzung nach wirtschaftlicher Gliederung

In einer stark zusammengefaßten Gliederung nach großen Bereichen zeigt sich, daß die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit etwa 60% am Aufkommen und damit auch an der Nutzung beteiligt ist; an den Industriebeschäftigten hat dieser Bereich nur einen Anteil von 18%.

Dort hält sich das Aufkommen aus Grundwasser und Oberflächenwasser ziemlich die Waage. Als hauptsächlicher Verwendungszweck mit nahezu drei Fünfteln wird die Verwendung als Kühlwasser genannt. Weitere Angaben enthalten die nach Industriezweigen gegliederten Tabellen 1 und 2 des Statistischen Berichtes E I 4 - 1965.

Kreislaufwasser

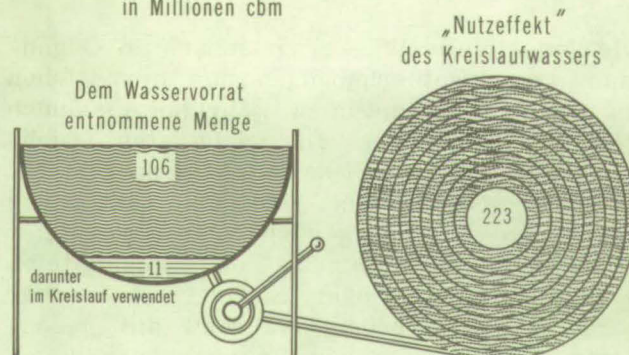
Um den wasserwirtschaftlichen Nutzeffekt zu erhöhen, bedienen sich 96 Betriebe eines Kreislaufsystems. Seine Wirksamkeit geht sehr deutlich aus folgenden Daten hervor:

Wassermenge im Kreislaufsystem	1963	1965
	- 1 000 cbm -	
durchschnittlich vorhanden	62	63
genutzt ¹	201 788	223 281
neu zugeführt	8 884	10 674

1) vorhandene Wassermenge x Umwälzungen im Jahr (Umwälzfaktor)

D-3844

Wasserverbrauch der Industrie 1965 in Millionen cbm



Aus etwas mehr als 10 Mill. cbm neu zugeführter Wassermenge läßt sich eine vergleichbare "Nutzmenge" von rund 223 Mill. cbm gewinnen. Vergleicht man diese mit der konventionell genutzten Menge von rund 110 Mill. cbm, dann wird die Bedeutung der Kreislaufsysteme abermals unterstrichen. Man kann auch vereinfachend folgendes sagen: Wären in der Industrie keine Kreislaufsysteme installiert, dann müßte, um den gleichen Effekt zu erzielen, ungefähr die dreifache Menge dem Wasservorrat (Grund- und Oberflächenwasser) des Landes entnommen werden.

Am Kreislaufwasser hat die Mineralölverarbeitung hervorragenden Anteil. Das Hochofenwerk und die Zuckerfabriken sind weitere potente Beteiligte. Das Kreislaufwasser findet hauptsächlich in Kühlsystemen Verwendung.

Abwasserbeseitigung

Das gebrauchte Wasser - nur ein geringer Anteil wird tatsächlich verbraucht - ist je nach dem besonderen Verwendungszweck mehr oder weniger stark verschmutzt. Auf die damit verbundenen hygienischen Probleme kann hier nur hingewiesen werden. Es ist

Wasserableitung 1963 und 1965

	In öffentliche Kanalisation abgeleitetes Wasser				Unmittelbar in Gewässer abgeleitetes Wasser			
	Mill. cbm		%		Mill. cbm		%	
	1963	1965	1963	1965	1963	1965	1963	1965
Kühlwasser	5,9	7,2	34,4	40,4	44,2	44,9	51,3	55,6
Schmutzwasser								
ausreichend gereinigt	2,3	2,8	13,6	15,8	15,5	15,3	18,0	19,0
nicht ausreichend gereinigt		1,8		10,3		3,7		4,6
ungereinigt	8,3	5,7	48,8	31,9	17,0	9,8	19,7	12,2
Unverschmutztes Wasser	0,4	0,2	2,6	1,2	1,0	0,9	1,1	1,1
Ungenutztes Wasser	0,1	0,1	0,6	0,4	8,5	6,1	9,9	7,5
Insgesamt	17,1	17,9	100	100	86,1	80,7	100	100

daher von erheblicher Bedeutung zu wissen, inwieweit das industrielle Abwasser über ein öffentliches Kanalnetz oder unmittelbar in Gewässer oder den Untergrund abgeleitet wird und in welchem Umfang die Verunreinigungen teilweise oder gar vollständig durch Kläranlagen u. ä. beseitigt werden. In der Erhebung für 1965 wurde daher erstmalig versucht, etwas über den Reinigungszustand des abgeleiteten Wassers zu erfahren. Vorweg ist zu bemerken, daß nur knapp ein Fünftel der abgeleiteten Wassermenge in die öffentliche Kanalisation gelangt; rund vier Fünftel, also der weitaus größere Teil, werden unmittelbar in Gewässer oder den Untergrund abgeleitet. Dabei können betriebseigene Kanalisationsanlagen zwischengeschaltet sein.

Zur weiteren Verdeutlichung des Problems mögen noch einige einfache Umrechnungen beitragen: Die schleswig-holsteinischen Industriebetriebe leiteten 1965 täglich rd. 270 000 cbm Abwasser ab, davon gut 220 000 cbm in Gewässer und knapp 50 000 cbm täglich in die öffentliche Kanalisation. Je Kopf der Bevölkerung machte die gesamte Wasserableitung aus der Industrie ungefähr 110 täglich aus. Das entspricht etwa der Wassermenge für ein Vollbad!

Bei mehr als der Hälfte der Abwassermenge handelt es sich um Kühlwasser, das im allgemeinen kaum Verschmutzungen aufweist. Unverschmutztes und ungenutztes Wasser war 1965 mit reichlich 7% beteiligt. Die größeren hygienischen Probleme stellt das eigentliche Schmutzwasser, das im Berichtsjahr etwa 40% des industriellen Abwassers ausmachte. Mehr als ein Drittel des Schmutzwassers wird von der Industrie ungereinigt oder nicht ausreichend gereinigt unmittelbar in den natürlichen Wasservorrat zurückgeleitet. Ein weiteres Fünftel fließt in die öffentliche Kanalisation und wird dort nur zu einem Teil in Kläranlagen gereinigt. 42 000 cbm Abwasser verlassen täglich mit

allen chemischen, biologischen und mechanischen Verunreinigungen, also völlig ungereinigt, die Industriebetriebe; 15 000 cbm täglich sind zwar von einigem Schmutz befreit, aber immer noch nicht ausreichend gereinigt. Als kleiner Lichtblick in der trüben Abwasserflut ist ein merklicher Rückgang des Anteils des völlig ungereinigten Schmutzwassers gegenüber 1963 festzustellen. Das trifft sowohl für das in die öffentliche Kanalisation als auch für das in Gewässer oder den Untergrund abgeleitete Schmutzwasser zu. Bemerkenswert ist ferner, daß bei der in die öffentliche Kanalisation abgeleiteten Wassermenge das ungereinigte Schmutzwasser einen ganz erheblich größeren Anteil hat als an der unmittelbar in Gewässer oder den Untergrund abgeleiteten Menge. Unter den wasserintensiven Industriezweigen ist die Holzschliff-, Papier- und Pappeindustrie besonders zu erwähnen, da sie bei einem beachtlichen Wasserverbrauch fast kein ungereinigtes Abwasser ableitet.

Weitere Ergebnisse für Industriezweige enthält die Tabelle 3 des Statistischen Berichtes E 14 - 1965.

Wassereinzugsgebiete

Die nachstehende Tabelle mit Ergebnissen für die beiden Haupteinzugsgebiete zeigt, daß ungefähr ein Drittel des industriellen Wasserhaushalts zum Flußgebiet Elbe gehört, während zwei Drittel zu dem größeren Landesteil gehören, der in die Nord- und Ostsee entwässert. Im Einzugsgebiet Elbe hat das Oberflächenwasser für die Versorgung der Industrie einiges mehr an Gewicht als das Grundwasser, im Einzugsgebiet Nord- und Ostsee ist es umgekehrt. Das dürfte einmal mit den geologischen Bedingungen, zum anderen aber auch mit den im weiteren Umland von Hamburg stark vertretenen Kieswerken mit ihren spezifischen Wasseransprüchen zusammenhängen.

Wasseraufkommen und -ableitung nach Haupteinzugsgebieten

Wasser- einzugsgebiet	Wasseraufkommen								Wasserableitung		
	Insgesamt		davon						Insgesamt	In die öffentliche Kanalisation	unmittelbar in Gewässer
			Grundwasser		Oberflächenwasser		Fremdbezug				
	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%	Mill. cbm	%	Mill. cbm		
Küstengebiet ¹	74,6	64,7	46,9	72,5	20,8	53,5	6,8	58,5	62,9	11,3	51,6
Flußgebiet Elbe ²	40,8	35,3	17,8	27,5	18,1	46,5	4,8	41,5	35,7	6,5	29,2
Insgesamt	115,4	100	64,7	100	38,9	100	11,7	100	98,6	17,9	80,7

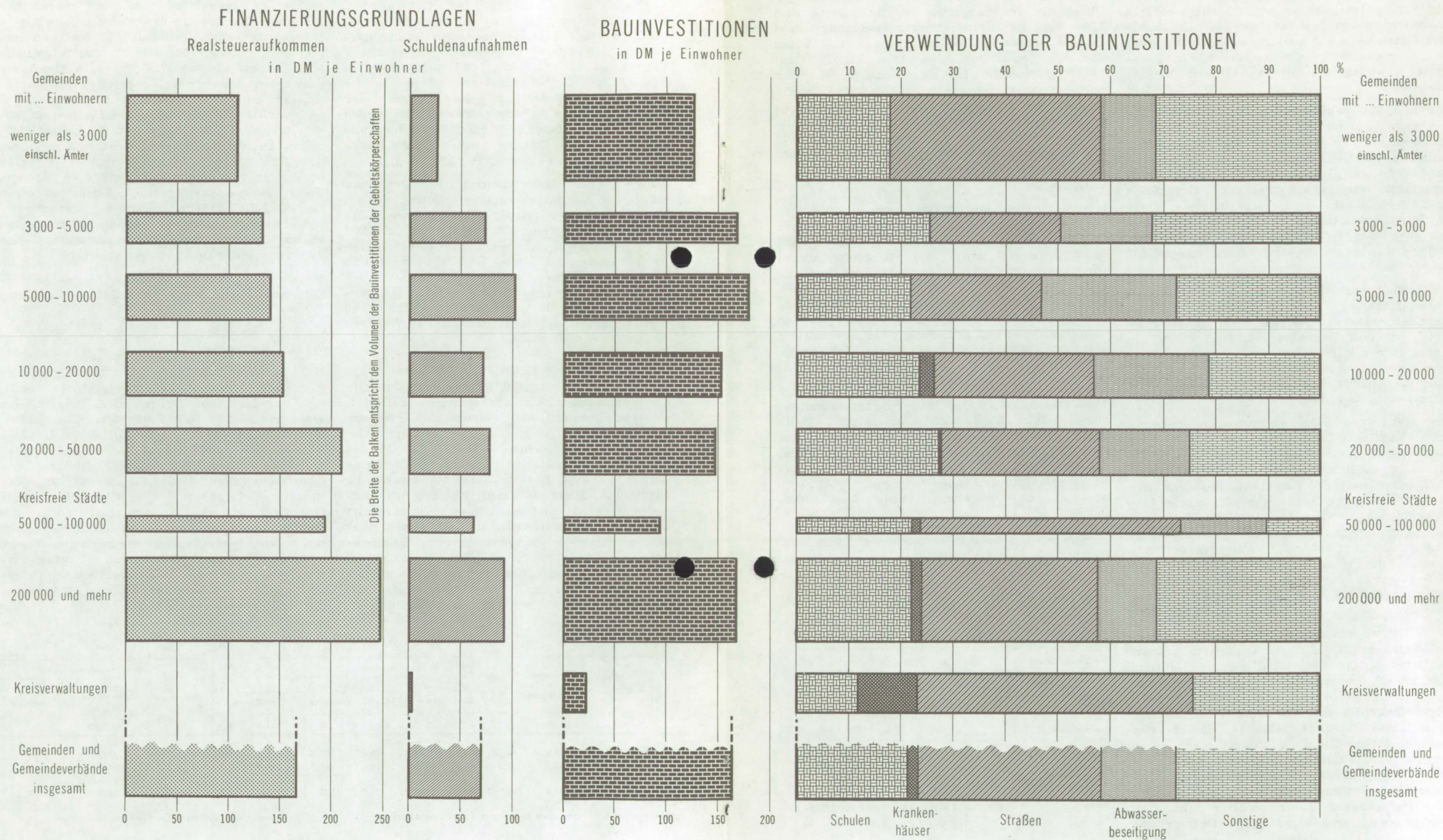
1) nördlicher Landesteil: Entwässerung in die Nord- und Ostsee

2) südwestlicher Landesteil: Entwässerung in die Elbe

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Wasserversorgung der Industrie 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 207 (September)

KOMMUNALE BAUINVESTITIONEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1966



Lohn- und Arbeitszeitentwicklung im Handwerk

Seit 1957 ermittelt die amtliche Statistik auf repräsentativer Grundlage für jeden Mai und November das Niveau der effektiven Verdienste und die Verdienst- und Arbeitszeitentwicklung im Bereich von 10 ausgewählten Handwerkszweigen. Erfasst werden alle Handwerksbetriebe mit 3 und mehr Beschäftigten; nicht berücksichtigt werden reine Familienbetriebe sowie die handwerklichen Nebenbetriebe.

Zum Mai 1966 wurde die laufende Verdiensterhebung im Handwerk reformiert, um durch Anwendung neuer mathematisch-statistischer Methoden die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern und gleichzeitig die seit 1957 berichtenden Betriebe auszutauschen. Grundlage für die Neuauswahl der Berichtsbetriebe bildet die Handwerkszählung 1963. Von den 6 210 Betrieben der 10 einbezogenen Handwerkszweige wurden insgesamt 693 ausgewählt (11%).

In 9 Handwerkszweigen werden die männlichen vollbeschäftigten Arbeiter erfasst, in der Herrenschneiderei und im 10. Handwerkszweig, der Damenschneiderei, auch die weiblichen. In den 9 Handwerkszweigen, die männliche Arbeiter ausweisen, ist etwa die Hälfte aller im Handwerk¹ tätigen männlichen Arbeiter beschäftigt.

Dargestellt werden Durchschnittsangaben (z.B. durchschnittliche Bruttostundenverdienste) für verschiedene Beschäftigtengruppen: Vollgesellen, Junggesellen, übrige Arbeiter. Unter "übrigen Arbeitern" versteht die Statistik alle Arbeiter, die keine abgeschlossene Berufsausbildung und daher laut Tarif keinen Anspruch auf den Ecklohn der gelernten Arbeiter haben. Fast 8/10 aller männlichen Arbeiter, die in der laufenden Lohnerhebung im Handwerk erscheinen, sind Vollgesellen, 13% Junggesellen und 9% übrige Arbeiter gewesen.

Die Verdienste werden im Lohnsummenverfahren ermittelt. Der Verdienst umfaßt alle Beträge, die den Arbeitnehmern laufend (regelmäßig) vom Arbeitgeber gezahlt werden. Das sind normalerweise der tarifliche oder freivereinbarte Lohn einschließlich tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge. Nicht darin enthalten sind einmalige Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresabschlußvergütungen, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen und zusätzliches Urlaubsgeld sowie nicht regelmäßige vermögenswirksame Leistungen. Der ermit-

telte effektive Arbeitsverdienst entspricht also nicht ganz dem Einkommen, das der Arbeiter insgesamt aus seiner Tätigkeit erhält.

Durch die Änderung des Berichtskreises Mai 1966 ist die Entwicklungsbeobachtung nicht gestört worden. Die Ergebnisse des alten und des neuen Berichtskreises, die für Mai 1966 gemeinsam berichtet haben, weichen nur geringfügig voneinander ab. Beide Ergebnisse waren im Rahmen der jeweiligen Fehlergrenzen einer Stichprobe richtig. Die Ergebnisreihen können daher über die Reform hinweg ohne Umrechnung fortgesetzt werden.

Vollgesellen

Ein Vergleich der Bruttostundenlöhne der männlichen Vollgesellen im Durchschnitt der 9 erfaßten Handwerkszweige zeigt, daß in Schleswig-Holstein das Stundenlohniveau im November 1966 bei 4,79 DM, im Bundesgebiet bei 4,84 DM, also geringfügig höher lag. Das Verhältnis zueinander war im November 1962 schon das gleiche; damals wurden den Vollgesellen im Bund durchschnittlich 3,45 DM je Stunde gezahlt, in Schleswig-Holstein aber nur 3,38 DM.

Mit 3,38 DM Bruttostundenlohn im November 1962 und mit 4,79 DM 1966 rangierte Schleswig-Holstein noch nicht an letzter Stelle unter den Bundesländern. 1962 zahlten das Saarland mit 3,32 DM, Bayern mit 3,25 DM, Niedersachsen mit 3,24 DM und Rheinland-Pfalz mit 3,20 DM noch weniger. 1966 lagen diese Länder wiederum unter dem Lohn-

Bruttostundenverdienst der Vollgesellen nach Ländern
– November –

Land	Bruttostundenverdienst in DM			Zunahme 1966 in % gegenüber 1957 1962	
	1957	1962	1966	1957	1962
Schleswig-Holstein	2,15	3,38	4,79	122,8	41,7
Hamburg	2,53	3,94	5,52	118,2	40,1
Niedersachsen	2,11	3,24	4,70	122,7	45,1
Bremen	2,40	3,57	4,83	101,3	35,3
Nordrhein-Westfalen	2,31	3,56	4,90	112,1	37,6
Hessen	2,16	3,48	4,94	128,7	42,0
Rheinland-Pfalz	2,05	3,20	4,52	120,5	41,3
Baden-Württemberg	2,16	3,48	4,87	125,5	39,9
Bayern	2,03	3,25	4,60	126,6	41,5
Saarland	.	3,32	4,49	.	35,2
Bundesgebiet ¹	2,20	3,45	4,84	120,0	40,3

1) 1966 einschließlich Berlin (West)

1) ohne das Bauhandwerk, das in der Verdiensterhebung in Industrie und Handel ausgewiesen wird

niveau Schleswig-Holsteins, nur in anderer Reihenfolge.

Den weitesten Abstand von Schleswig-Holsteins Vollgesellenlöhnen hatten die Löhne im benachbarten Hamburg; sie lagen dort 1962 mit 3,94 DM um 56 Pf, 1966 mit 5,52 DM um 73 Pf über denen Schleswig-Holsteins. Auf Hamburg folgte mit Abstand Hessen, das den Vollgesellen 1966 4,94 DM zahlte. Diesem wiederum folgten Nordrhein-Westfalen mit 4,90 DM und Baden-Württemberg mit 4,87 DM. Innerhalb der Länder bestehen selbstverständlich noch regionale Unterschiede. Der Nachteil geringerer Entlohnung in mehr ländlichen Arbeitsstätten wird jedoch aus verschiedenen Gründen in Kauf genommen, so daß es nicht unbedingt zur Abwanderung von Arbeitskräften in benachbarte Industriebezirke innerhalb desselben Landes oder über die Grenzen eines Bundeslandes hinaus zu kommen braucht.

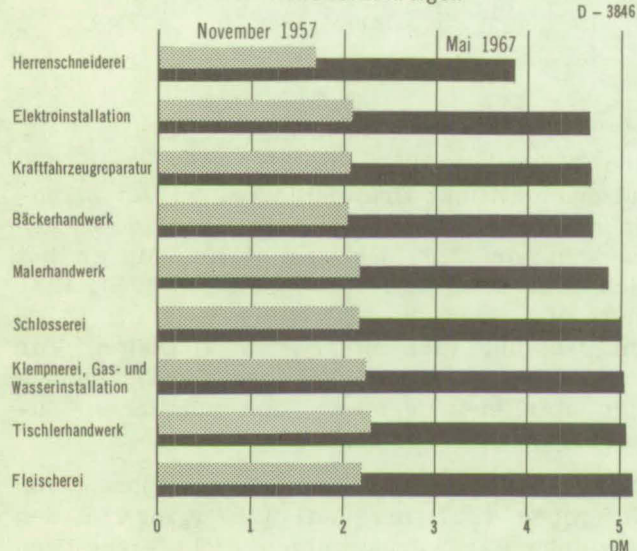
Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Junggesellen lag dagegen im November 1966 in Schleswig-Holstein mit 3,90 DM über dem Bundesdurchschnitt von 3,71 DM. Die niedrigsten Bruttostundenverdienste für Junggesellen gab es im Saarland mit 3,07 DM und in Rheinland-Pfalz mit 3,46 DM, während die Länder Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen 3,66 DM zahlten. In Hamburg wurde der höchste Bruttostundenlohn für Junggesellen gezahlt, nämlich 4,44 DM.

Auch die übrigen Arbeiter erhielten in Schleswig-Holstein November 1966 mit 4,08 DM einen höheren Bruttostundenlohn als im Bundesgebiet, wo der Durchschnitt bei 4,01 DM lag. In Hamburg wurden 4,43 DM gezahlt, während es im Saarland einen Bruttostundenlohn für übrige Arbeiter von nur 3,37 DM gab.

Um den Durchschnitts-Bruttostundenlohn der Vollgesellen in Schleswig-Holstein von 4,79 DM im November 1966 gruppierten sich die Löhne in den einzelnen Handwerkszweigen wie folgt: am tiefsten unter dem Durchschnitt lagen nach wie vor die Löhne der Vollgesellen in der Herrenschneiderei mit 3,76 DM. Das war auch 1962 schon so, als die Herrenschneider 2,37 DM gegenüber dem Durchschnitt von 3,38 DM verdienten. Der Abstand zum nächsten unterdurchschnittlich bezahlten Handwerkszweig, dem Kraftfahrzeugreparaturhandwerk, mit 4,54 DM war groß. Unterdurchschnittlich wurden ferner die Bäcker mit 4,59 DM, die Elektroinstallateure mit 4,67 DM und die Maler mit 4,78 DM bezahlt, über dem Durchschnitt lagen die Schlosser (4,86 DM), die Tischler (4,90 DM), die Klempner (4,95 DM) und die Fleischer (5,02 DM). November 1962 hatten die Maler zu den überdurchschnittlich bezahlten Handwerkszweigen gehört.

Die Zunahme des Durchschnitts-Bruttostundenlohnes für Vollgesellen von November 1962 bis 1966 war in den Bundesländern verschieden hoch. Sie belief sich im Saarland auf nur 1,17 DM und erreichte in Hamburg 1,58 DM; in Schleswig-Holstein betrug sie 1,41 DM. Anders verhielt sich die relative Zuwachsrate, d. h. der in Prozent des Jahres 1962 ausgedrückte Lohnanstieg. Sie belief sich in Schleswig-Holstein auf 42%, in Hamburg auf 40%. Im Saarland war auch die relative Zuwachsrate mit 35% am kleinsten. Einen stärkeren relativen Anstieg als Schleswig-Holstein hatte Niedersachsen mit 45%. Die Zunahme in allen Bundesländern zusammen ergab im Durchschnitt 40%. Schleswig-Holstein hat also den Bundesdurchschnitt der Lohnanstiegsquote sowohl absolut als auch relativ übertroffen.

Bruttostundenverdienste der Vollgesellen in den Handwerkszweigen



Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst der Vollgesellen - Mai 1964 bis Mai 1967 -

Jahr/Monat	Bruttostundenverdienst in DM	Zunahme gegenüber dem vorgenannten Monat in %
1964 Mai	3,90	.
Nov.	4,09	4,9
1965 Mai	4,27	4,4
Nov.	4,45	4,2
1966 Mai	4,66	4,7
Nov.	4,79	2,8
1967 Mai	4,88	1,9

Die Auswirkungen des Konjunkturrückganges ab 1966, haben sich auch im Handwerk gezeigt. Während bis einschließlich Mai 1966

die halbjährlichen Steigerungsraten das beinahe feststehende Ausmaß von 18 bis 21 Pfennigen oder 4,2 bis 4,9% beibehielten, gingen sie in den sechs Monaten von Mai bis November 1966 auf 13 Pfennige oder 2,8% und in den folgenden sechs Monaten bis Mai 1967 auf 9 Pfennige oder 1,9% zurück. In keinem der Handwerkszweige ist jedoch ein Lohnrückgang unter den Stand des vorigen Erhebungsmonats beobachtet worden. Es hat sich also nur um ein Abbremsen der Aufwärtsentwicklung, nicht aber um eine Umkehr gehandelt.

Tariflicher Ecklohn und Effektivlohn der männlichen Vollgesellen
– Mai 1967 –

Handwerkszweig	Tariflicher Ecklohn ¹	Effektiv- lohn	Über- tarifliche Bezahlung
	DM		In %
Kraftfahrzeugreparatur	3,50	4,67	33,4
Schlosserei	3,70	5,00	35,1
Tischlerhandwerk	4,56	5,06	11,0
Herrenschneiderei	3,40	3,85	13,2
Bäckerhandwerk	4,00	4,68	17,0
Fleischerei ²	.	.	.
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	4,25	5,02	18,1
Elektroinstallation	4,20	4,65	10,7
Malerhandwerk	4,40	4,86	10,5

1) der höchsten tarifmäßigen Altersstufe – Ortsklasse I –
2) ohne Tarif

In den sechziger Jahren hat die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt bewirkt, daß den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft Löhne gezahlt wurden, die erheblich über dem Tariflohn lagen. Im Schnitt aller Handwerkszweige übertraf der Effektivlohn der Vollgesellen den Tariflohn um 19%, in den einzelnen Handwerkszweigen lag die Überzahlung zwischen 10 und 35%. Im Kraftfahrzeughandwerk stieg der effektive Stundenverdienst mehr als 33%, in der Schlosserei mehr als 35% über den Tariflohn.

Alle männlichen Arbeiter

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller männlichen Arbeiter lag im Mai 1967 in allen Handwerkszweigen bei 4,70 DM. Sämtliche Handwerkszweige wiesen einen Verdienst von über 4 DM auf, nur in der Herrenschneiderei hatten die männlichen Arbeiter einen Durchschnittsverdienst von 3,85 DM. Überdurchschnittliche Stundenverdienste hatten die Schlosserei mit 4,71 DM, das Malerhandwerk mit 4,79 DM, die Fleischerei und die Klempnerei mit 4,88 DM

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst der männlichen Arbeiter

Handwerkszweig	Nov. 1957	Mai 1967	Zunahme in %
	DM		
Kraftfahrzeugreparatur	1,92	4,38	128,1
Schlosserei	2,10	4,71	124,3
Tischlerhandwerk	2,22	4,96	123,4
Herrenschneiderei	1,65	3,85	133,3
Bäckerhandwerk	1,92	4,50	134,4
Fleischerei	2,10	4,88	132,4
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	2,11	4,88	131,3
Elektroinstallation	2,02	4,42	118,8
Malerhandwerk	2,14	4,79	123,8
Insgesamt	2,05	4,70	129,3

und das Tischlerhandwerk mit 4,96 DM. Dagegen wurden in der Bäckerei nur 4,50 DM, in der Elektroinstallation 4,42 DM und in der Kraftfahrzeugreparatur 4,38 DM gezahlt.

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter 1957 – 1967

– November –

Jahr	Bruttostundenverdienst		
	DM	Zunahme in %	Nov. 1957 = 100
1957	2,05	.	100
1958	2,21	7,8	107,8
1959	2,36	6,8	115,1
1960	2,60	10,2	126,8
1961	2,94	13,1	143,4
1962	3,27	11,2	159,5
1963	3,58	9,5	174,6
1964	3,96	10,6	193,2
1965	4,31	8,8	210,2
1966	4,61	7,0	224,9
1967 (Mai)	4,70	2,0	229,3

Von November 1957 bis Mai 1967 stieg der durchschnittliche Bruttostundenlohn der männlichen Arbeiter in den erfaßten 9 Handwerkszweigen von 2,05 DM auf 4,70 DM; er hat sich also mehr als verdoppelt (+ 129%). 1961 war die jährliche Zuwachsrate mit 13,1% am größten, 1966 mit 7% am kleinsten. Vor 1962 war ein steiles Anwachsen, danach eine abfallende Tendenz der jährlichen Zuwachsrate zu verzeichnen.

Die Aufwärtsentwicklung der Löhne von November 1957 bis Mai 1967 ging in den einzelnen Handwerkszweigen nicht einheitlich

vonstatten. Am stärksten war die Zunahme der Löhne im Bäckerhandwerk mit 134%, in der Herrenschneiderei mit 133%, in der Fleischerei mit 132% und in der Klempnerei mit 131%, und geringsten Anstieg hatte die Elektroinstallation mit 119%. Alle anderen erfaßten Handwerkszweige wiesen Lohnsteigerungen von 123 bis 129% auf.

Dadurch hat sich in der Skala der hoch und niedrig verdienenden Handwerkszweige die Reihenfolge verschoben. Seine Spitzenstellung hat allerdings das Tischlerhandwerk, beeinflußt durch seine enge Verbindung mit dem Baugewerbe, gehalten, und nach wie vor wird in der Herrenschneiderei am wenigsten verdient. Dagegen ist u. a. das Malerhandwerk vom zweiten auf den vierten Rang abgesunken und die Bäckerei vom achten auf den sechsten Platz gestiegen.

Die Spanne zwischen dem Handwerkszweig mit dem höchsten Verdienst und dem mit dem niedrigsten, die im November 1957 0,57 DM und im Mai 1967 1,11 DM betrug, ist zwar absolut gewachsen; relativ gesehen lag aber 1957 der höchste Lohn 35% über dem niedrigsten, 1967 dagegen nur noch 29%. Die Löhne der einzelnen Handwerkszweige haben sich demnach einander angenähert.

Der Abstand der Löhne für die Vollgesellen von den Löhnen der übrigen Arbeiter hat sich von November 1957 bis Mai 1967 verringert. Während die Löhne der Vollgesellen nur um 127% gestiegen sind, erhöhten sich die Löhne der übrigen Arbeiter um 134%.

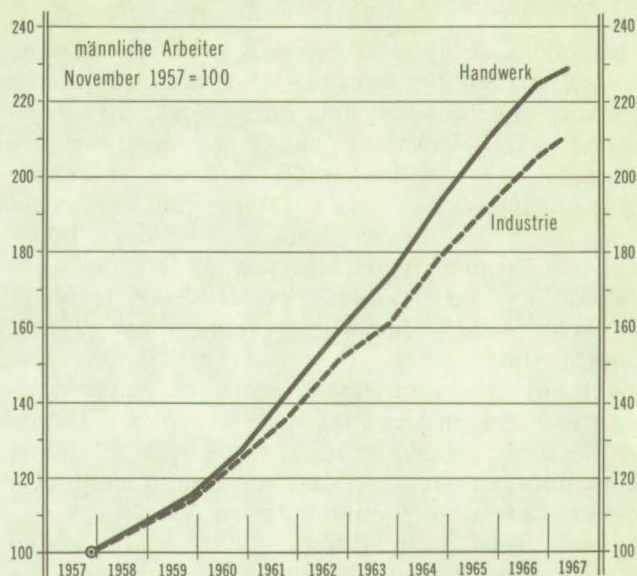
In jedem der ausgewiesenen Handwerkszweige waren Mai 1967 die Stundenverdienste der übrigen Arbeiter höher als die der Junggesellen, was mit ihrem höheren Lebensalter zusammenhängen dürfte. Eine Ausnahme bildete lediglich die Fleischerei, wo die Junggesellen 4,27 DM, die übrigen Arbeiter aber nur 4,09 DM erhielten. Auch im Maler- und Tischlerhandwerk wurden die Junggesellen besser als die übrigen Arbeiter bezahlt, sofern man der Aussage der Statistik bei der geringen Zahl der erfaßten Junggesellen vertrauen kann. In der Schlosserei dagegen bekamen die übrigen Arbeiter 56 Pf und in der Klempnerei 50 Pf je Stunde mehr als die Junggesellen; in den anderen Handwerkszweigen lag die Differenz zwischen 1 und 15 Pfennigen. In der Herren- und Damenschneiderei haben die übrigen Arbeiterinnen ebenfalls mehr als die Junggesellinnen verdient.

Vergleich Handwerk-Industrie

Im gleichen Zeitraum (November 1957 bis Mai 1967), in dem der Bruttostundenlohn

D - 3847

Entwicklung der Bruttostundenverdienste in Handwerk und Industrie



Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst der männlichen Arbeiter

in vergleichbaren Zweigen von Handwerk und Industrie
- Mai 1967¹ -

Handwerkszweig	Stundenverdienst		Zunahme gegenüber November 1957	
	Handwerk	Industrie	Handwerk	Industrie
Industriezweig	DM		%	
Kraftfahrzeugreparatur	4,38	.	128,1	.
Straßenfahrzeugbau	.	4,90	.	121,7
Tischlerei	4,96	.	123,4	.
Holzverarbeitende Industrie	.	4,81	.	129,0
Herrenschneiderei	3,85	.	133,3	.
Bekleidungsindustrie	.	4,35	.	98,6
Bäckerei	4,50	.	134,4	.
Brotindustrie	.	4,91	.	125,2
Fleischerei	4,88	.	132,4	.
Fleischverarbeitende Industrie	.	4,65	.	127,9

1) Industrie April 1967

im Handwerk um 129% gestiegen ist, sind die Löhne in der Industrie (ohne Baugewerbe) nur um 110% gewachsen. Das bedeutet eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate im Handwerk von 9% und in der Industrie von 8%. Grundsätzlich haben tarifliche und außer-tarifliche Lohnerhöhungen diese Verdienstzunahme herbeigeführt, wobei die außer-tariflichen in beiden Wirtschaftszweigen ein beträchtliches Ausmaß erreicht haben. Darüber hinaus hat sich aber eine Änderung der Beschäftigtenstruktur im Handwerk lohnsteigernd ausgewirkt. Es ist nämlich gegenüber 1957 der Anteil der hochbezahlten Vollgesellen an der Gesamtzahl der Arbeiter um 4%

gestiegen, während sich die Anteile der Junggesellen und übrigen Arbeiter verringert haben.

Das bedeutet aber auch, daß sich die Schere zwischen den Handwerks- und Industrielöhnen weiter geschlossen hat, d. h. daß die Verdienste im Handwerk näher an die der Industrie herangerückt sind und sie teilweise übertroffen haben. Die Löhne in der Bau- und Möbeltischlerei haben die der Holzverarbeitenden Industrie um 15 Pf und die Löhne in der Fleischerei die der fleischverarbeitenden Industrie sogar um 23 Pf übertroffen. Auch in anderen Handwerkszweigen, die sich annähernd mit Industriezweigen vergleichen lassen, haben die Löhne seit 1957 stärker als die Industrielöhne zugenommen, mit Ausnahme der Tischlerei, deren Zunahme geringer ist als in der Holzverarbeitenden Industrie. Sehr viel größer als in der Bekleidungsindustrie ist die Zunahme im Herrenschneiderhandwerk gewesen, dessen Löhne sich damit den Industrielöhnen erheblich genähert haben. Daß die Industriearbeiter im Straßenfahrzeugbau, in der Bekleidungs- und in der Brotindustrie mehr verdienen als im Handwerk, mag auf die unterschiedliche Arbeitsweise und Lohnform, d. h. auf die stärkere Verbreitung von Fließbandarbeit und Akkordentlohnung, zurückzuführen sein. Teilweise liegt die Ursache aber auch in den höheren Tariflöhnen. So standen z. B. den Facharbeitern der höchsten tarifmäßigen Altersstufe im Straßenfahrzeugbau je Stunde 4,-- DM zu, während die Vollgesellen im Kraftfahrzeugreparaturhandwerk laut Tarif nur 3,50 DM erhielten.

Weibliche Arbeiter

Die Frauen, d. h. alle Arbeiterinnen, verdienten im Mai 1967 in der Herrenschneiderei 2,92 DM je Stunde und in der Damenschneiderei 2,39 DM, in beiden zusammen durchschnittlich 2,72 DM.

Der Abstand der effektiven Frauenlöhne zu denen der Männer in der Herrenschneiderei hat sich in den Jahren seit 1957 vergrößert. Mai 1958 erhielten die Vollgesellen 1,69 DM, Mai 1967 3,85 DM; der Lohn der Vollgesellinnen dagegen stieg von 1,61 DM nur auf 3,11 DM. Das entspricht einer Zunahme bei den Männern von 128%, bei den Frauen aber um nur 93%. Dabei ist jedoch zu beachten, daß der Anteil der Vollgesellinnen in der Herrenschneiderei im Mai 1967 nur 38% aller weiblichen Arbeitskräfte dieses Handwerkszweiges beträgt.

Die übrigen Arbeiterinnen haben mit 40% einen viel größeren Anteil als die übrigen

Arbeiter in anderen Handwerkszweigen. Ihr Lohn hielt sich mit 3,07 DM ungewöhnlich nahe bei dem der Vollgesellinnen, sodaß auch hier insgesamt nahezu 8/10 aller Arbeiterinnen in den Genuß hoher Löhne kamen. Auch in der Damenschneiderei ist die Beschäftigtenstruktur völlig anders als in den übrigen Handwerkszweigen. Während der Anteil der übrigen Arbeiter in den anderen Handwerkszweigen zwischen 3 und 18%, d. h. im Schnitt aller Handwerkszweige bei 9% liegt, beläuft sich der Anteil der übrigen Arbeiterinnen in der Herren- und Damenschneiderei zusammen auf 31%. Daß hier die übrigen Arbeiterinnen beinahe den Lohn der Vollgesellinnen erreichen, ist deshalb von besonderer Bedeutung.

Arbeitszeit

Die bezahlte Wochenarbeitszeit - die bezahlten Stunden sind die der Lohnabrechnung zugrundeliegenden Stunden; sie setzen sich aus den geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden (z. B. für bezahlten Urlaub, gesetzliche Feiertage, bezahlte Arbeitspausen) zusammen - ist bei den Vollgesellen von November 1962 bis November 1966 von 45,9 auf 44,0, d. h. um 1,9 Stunden oder 4,1% zurückgegangen. Die stärkste Abnahme von allen Bundesländern hatte das Saarland mit 3,1 Stunden oder 6,4% zu verzeichnen, die geringste Bremen mit 0,8 Stunden oder 1,7%. Schleswig-Holstein lag um 0,9 Stunden unter dem Bundesdurchschnitt von 44,9 Stunden. Im ganzen genommen ging die Entwicklung in der Berichtszeit weiter dahin, daß bei zunehmend kürzeren wöchentlichen Arbeits-

Bezahlte Wochenarbeitszeit der Vollgesellen nach Ländern
- November -

Land	Bezahlte Stunden			Abnahme 1966 in % gegenüber 1957 1962	
	1957	1962	1966	1957	1962
Schleswig-Holstein	48,0	45,9	44,0	8,3	4,1
Hamburg	47,0	45,6	44,4	5,5	2,6
Niedersachsen	47,1	46,3	44,5	5,5	3,9
Bremen	47,7	46,2	45,4	4,8	1,7
Nordrhein-Westfalen	47,2	46,7	45,2	4,2	3,2
Hessen	46,4	45,5	44,0	5,2	3,3
Rheinland-Pfalz	47,5	46,6	45,7	3,8	1,9
Baden-Württemberg	47,3	46,8	45,8	3,2	2,1
Bayern	47,2	46,4	44,5	5,7	4,1
Saarland	.	48,8	45,7	.	6,4
Bundesgebiet ¹	47,2	46,4	44,9	4,9	3,2

1) 1966 einschließlich Berlin (West)

zeiten mehr verdient wurde. Das hat sich auch in der Zeit des Konjunkturrückganges nicht geändert; im Mai 1966 belief sich die bezahlte Wochenarbeitszeit der Vollgesellen im Durchschnitt auf 44,5, im November 1966 auf 44,0 und im Mai 1967 auf 43,6 Stunden. Im Mai 1967 streute die bezahlte Wochenarbeitszeit bei den Vollgesellen zwischen 47,4 Stunden in der Fleischerei und 42,7 Stunden in der Schlosserei, Klempnerei und Malerei.

Im Durchschnitt aller Arbeiter verkürzte sich die bezahlte Wochenarbeitszeit von November 1962 bis November 1966 um 1,9 Stunden (4%) auf 44,1 Stunden und bei den übrigen Arbeitern um 0,9 Stunden (2%) auf 45,0 Stunden. Bei den übrigen Arbeitern streuten die bezahlten Wochenarbeitszeiten von 49,9 Stunden in der Schlosserei bis zu 42,2 Stunden in der Klempnerei.

Die rückläufige Tendenz der bezahlten Wochenarbeitszeit wurde bei allen einbezogenen Handwerkszweigen festgestellt; eine höhere Stundenzahl als im November 1962 ergab sich in keinem Handwerkszweig und in keiner Beschäftigtengruppe. Die Entwicklung der bezahlten Wochenarbeitszeit in der Zeit von 1957 bis 1962 war der Entwicklung in den Jahren 1962 bis 1966 in Tendenz und Ausmaß vergleichbar.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit der Vollgesellen in der Herren- und Damenschneiderei betrug im November 1962 44,2 Stunden und im November 1966 42,5 Stunden.

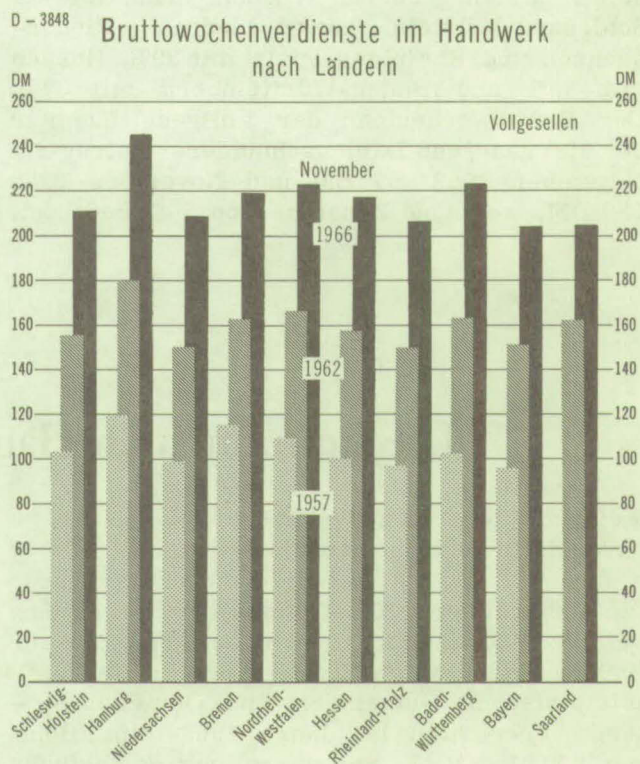
Die geleistete Wochenarbeitszeit - das sind die innerhalb der Arbeitsstätte oder am Arbeitsplatz verbrachten Arbeitsstunden abzüglich betriebsüblicher Pausen - betrug im Mai 1967 im Durchschnitt aller Arbeiter 37,9 Stunden, d. h. 5,8 Stunden oder 13% weniger als die bezahlte. Bei den Voll- und Junggesellen lag die geleistete Wochenarbeitszeit um 5,7 Stunden, bei den übrigen Arbeitern um 6,2 Stunden unter der bezahlten. Diese große "Ausfallzeit" beruht im wesentlichen darauf, daß im Mai 1967 drei gesetzliche Feiertage (1., 4., und 15.) anfielen. Im November 1966, in den nur ein gesetzlicher Feiertag (16.) fiel, ergab sich für alle Arbeiter eine Ausfallzeit von 2,1 Stunden. Die Differenz zwischen geleisteter und bezahlter Wochenarbeitszeit war in der Schlosserei mit 6,6 Stunden am höchsten und im Malerhandwerk mit 5,3 Stunden am niedrigsten.

Die Mehrarbeitsstunden - das sind Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob ein Mehrarbeitszuschlag gezahlt wird oder

nicht - sind mit 1,6 Stunden je Woche im Mai 1967 für alle Arbeiter geringfügig gegenüber Mai und November 1966 mit 1,7 Stunden zurückgegangen. Es mag darin eine Auswirkung des Konjunkturrückganges zu erblicken sein. Während die Vollgesellen im Mai 1967 1,7 Mehrarbeitsstunden je Woche machten, haben die Junggesellen nur 0,8 Stunden, die übrigen Arbeiter aber 1,8 Stunden über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet. Das Verhältnis der Mehrarbeitsstunden in den drei Beschäftigtengruppen ist in allen Jahren ungefähr dasselbe gewesen, d. h. die übrigen Arbeiter hatten regelmäßig die meisten Mehrarbeitsstunden, während in der Regel die Junggesellen die wenigsten hatten. Im Mai 1967 wurden die meisten Mehrarbeitsstunden im Tischlerhandwerk mit 2,9 Stunden geleistet und die wenigsten in der Bäckerei mit 0,8 Stunden.

Wochenverdienste

Beim Bruttowochenverdienst der Vollgesellen tritt der Unterschied zwischen Schleswig-Holstein und den anderen Bundesländern deutlicher in Erscheinung als beim Stundenlohn. Die Löhne von Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bremen lagen über denen ihrer schleswig-holsteinischen Kollegen, die 1957 103 DM, 1962 155 DM und 1966 211 DM verdienten. Unter Schleswig-Holstein lagen dagegen Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz. Im Bundesdurchschnitt wurde im



Bruttowochenverdienst der Vollgesellen nach Ländern

– November –

Land	Bruttowochenverdienst in DM			Zunahme 1966 in % gegenüber	
	1957	1962	1966	1957	1962
Schleswig-Holstein	103	155	211	104,9	36,1
Hamburg	119	180	245	105,9	36,1
Niedersachsen	99	150	209	111,1	39,3
Bremen	115	163	219	90,4	34,4
Nordrhein-Westfalen	109	166	222	103,7	33,7
Hessen	100	158	218	118,0	38,0
Rheinland-Pfalz	97	149	207	113,4	38,9
Baden-Württemberg	102	163	223	118,6	36,8
Bayern	96	151	205	113,5	35,8
Saarland	.	162	205	.	26,5
Bundesgebiet ¹	104	160	217	108,7	35,6

1) 1966 einschließlich Berlin (West)

November 1966 ein Wochenlohn für Vollgesellen von 217 DM gegenüber 160 DM 1962 und 104 DM 1957 gezahlt. Die Ursache für die festgestellten Lohnunterschiede liegt zum Teil in der unterschiedlichen Ortsklassenstruktur der Bundesländer.

Schleswig-Holsteins Bruttowochenlöhne erreichten seit 1962 einen relativen Zuwachs von 36%. Das Saarland hatte relativ den niedrigsten Wochenlohnanstieg sämtlicher Bundesländer seit 1962 mit 27%. Der durchschnittliche Zuwachs von November 1962 bis November 1966 lag im gesamten Bundesgebiet bei 35,6%. Einen größeren Wochenlohnanstieg als Schleswig-Holstein hatten jedoch Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit 39%, Hessen mit 38% und Baden-Württemberg mit 37%. Der Bruttowochenlohn der Vollgesellinnen in der Herren- und Damenschneiderei betrug im November 1962 97 DM und November 1966 130 DM, was eine Zunahme von 34% bedeutet.

Anteil der Arbeiter mit Kost und Wohnung im Mai 1967

Handwerkszweig	Arbeiter mit		
	voller Kost und Wohnung	nur voller Kost	nur Wohnung
	in % der Arbeiter		
Bäckerei	20,7	4,2	1,9
Fleischerei	25,3	35,1	–
Übrige erfaßte Handwerkszweige	0,6	0,2	0,1
Alle erfaßten Handwerkszweige	5,7	4,0	0,3

Der Durchschnitts-Bruttowochenverdienst aller männlichen Arbeiter, der 1957 in Schleswig-Holstein 98 DM und 1962 150 DM ausmachte, hat sich auf 205 DM erhöht. Für Junggesellen nahm er von 85 DM über 134 DM auf 175 DM zu, die übrigen Arbeiter verdienten im November 1957 86 DM, 1962 134 DM und Mai 1967 183 DM.

Die früher für das Handwerk typische Form der Entlohnung durch Gewährung von freier Station hat sich nur noch in der Bäckerei und Fleischerei in bescheidenem Umfang gehalten. Im Bäckerhandwerk kam sie im Mai 1967 nur noch bei 21% aller männlichen Arbeiter vor. Nur in Kost standen weitere 4%, und nur eine Unterkunft vom Meister erhielten weitere 2%. Im Fleischerhandwerk erhielt noch ein Viertel aller Arbeiter volle Kost und Wohnung, und sogar 35% wurden vom Meister verpflegt. Der Fall, daß ein Fleischergehilfe nur Wohnung vom Meister nahm, kam nicht vor. In den übrigen erfaßten Handwerkszweigen waren volle und teilweise freie Station kaum noch anzutreffen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Lohnentwicklung im Handwerk" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 46 (Februar) und "Arbeiterverdienste im Handwerk im Mai 1966" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 67 (Januar)

Die kommunalen Haushaltsrechnungen 1966

Steigende Personalausgaben und sinkende Investitionsraten

Die unbereinigten Gesamtausgaben - in der weiteren Darstellung wird auf den Zusatz "unbereinigt" verzichtet - der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände erreichten im Jahre 1966 eine Höhe von 1,9 Mrd. DM. Sie waren nur geringfügig

höher als 1965 - ohne die Medizinische Akademie Lübeck, die erst ab 1966 mit ihrem gesamten Volumen enthalten ist -, nämlich um 32 Mill. DM oder knapp 2%. Die Zusammensetzung der Gesamtausgaben hat sich jedoch nicht unwesentlich geändert, da sich die beiden Hauptbestandteile, die Verwaltungs- und Zweckausgaben und die Ausgaben der Vermögensbewegung, entgegengesetzt ent-

wickelt haben. Die Verwaltungs- und Zweckausgaben dehnten sich um fast ein Zehntel aus und die Ausgaben der Vermögensbewegung nahmen um beinahe 8% ab. Dadurch entfallen mit 931 Mill. DM die Hälfte der Gesamtausgaben auf die Verwaltungs- und Zweckausgaben und die Ausgaben der Vermögensbewegung stellen mit 736 Mill. DM nur noch vier Zehntel. Ein Jahr zuvor war zwar auch der Anteil der Verwaltungs- und Zweckausgaben höher als der der Ausgaben der Vermögensbewegung, der Abstand war jedoch mit 46% zu 43% nicht groß. Zum verhältnismäßig kräftigen Anstieg der Verwaltungs- und Zweckausgaben haben hauptsächlich die Personalausgaben beigetragen, die sich um fast 40 Mill. DM oder ein Zehntel auf 433 Mill. DM erhöht haben. Damit hat sich die schon seit Jahren zu beobachtende Entwicklung fortgesetzt. Diese Steigerung muß, da sich die Beschäftigtenzahl nicht verändert hat, darauf zurückgeführt werden, daß die Bezüge der Bediensteten verbessert wurden, sei es in Form von Beförderungen oder Gehaltserhöhungen. Auch die anderen Arten der Verwaltungs- und Zweckausgaben, die jedoch ihrem Volumen nach nicht so gewichtig sind, nahmen kräftig zu. So die Zinszahlungen, die beinahe ein Sechstel höher waren als 1965 und die übrigen Verwaltungs- und Zweckausgaben, die sich um 8% erhöhten. Es sei darauf hingewiesen, daß in den übrigen Verwaltungs- und Zweckausgaben Mittel enthalten sind, die vom Bund oder dem Land aufgebracht werden, die aber über die Gemeindehaushalte laufen, weil sie von den

Gemeinden ausgezahlt werden. Hierzu gehört auch das Wohngeld, das an wesentlich mehr Empfänger ausgezahlt wurde als 1965.

Es ist typisch für die allgemein als angespannt anerkannte Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände, daß fast alle Ausgabearten der Vermögensbewegung eingeschränkt wurden. Den Hauptanteil hat jedoch auch hier eine Art, und zwar die Bauinvestitionen, die um 17 Mill. DM oder 4% auf 402 Mill. DM zurückgegangen sind. Sie stellen damit nur noch 21% der Gesamtausgaben gegenüber beinahe 23% im Jahre 1965. Diese Entwicklung hat sich schon 1965 abgezeichnet; damals waren die Bauinvestitionen um 1% niedriger, während 1964 noch eine Zuwachsrate von fast einem Fünftel verzeichnet werden konnte. Dadurch haben die Personalausgaben die Bauinvestitionen wieder überholt. In den vorausgegangenen vier Jahren sind die Bauinvestitionen immer höher als die Personalausgaben gewesen. Gegenüber 1965 haben sie ihre Anteile ausgetauscht. Die restlichen Ausgaben der Vermögensbewegung wurden zum Teil drastisch gekürzt, sind jedoch ihrem Volumen nach nicht so gewichtig. So wurde die Gewährung von Darlehen halbiert und der Erwerb von Beteiligungen um mehr als ein Drittel gesenkt. Die Tilgungen waren ebenfalls geringer. Nur die Rücklagen wurden etwas stärker aufgestockt.

Der dritte Bestandteil der Gesamtausgaben, die Zuweisungen an Gebietskörperschaften, erhöhte sich um beinahe 6% auf 205 Mill. DM.

Gesamtausgaben der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände

Ausgabeart	1965		1966 ¹		Veränderung in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	
Verwaltungs- und Zweckausgaben	849	46,1	931	49,7	+ 9,7
Personalausgaben	394	21,4	433	23,1	+ 9,9
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen	46	2,5	50	2,7	+ 8,7
Zinsen	44	2,4	51	2,7	+ 15,9
Zuweisungen an Zweckverbände u. a.	44	2,4	50	2,7	+ 13,6
Übrige	321	17,4	347	18,5	+ 8,1
Ausgaben der Vermögensbewegung	797	43,3	736	39,3	- 7,7
Tilgung	73	4,0	70	3,7	- 4,1
Gewährung von Darlehen	64	3,5	33	1,8	- 48,4
Zuführung an Rücklagen	140	7,6	143	7,6	+ 2,1
Erwerb von Beteiligungen	11	0,6	7	0,4	- 36,4
Erwerb von Grundvermögen	56	3,0	48	2,6	- 14,3
Bauinvestitionen	419	22,8	402	21,5	- 4,1
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	34	1,8	33	1,8	- 2,9
Unmittelbare Ausgaben	1 646	89,5	1 667	89,0	+ 1,3
Zuweisungen an Gebietskörperschaften	194	10,5	205	11,0	+ 5,7
Unbereinigte Gesamtausgaben	1 840	100	1 872	100	+ 1,7
Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften	602	32,7	623	33,3	+ 3,5
Nettoausgaben	1 238	67,3	1 249	66,7	+ 0,9

1) ohne Medizinische Akademie Lübeck

Hier führten vor allem der Schulbeitrag, der überwiegend auch eine Personalausgabe ist, und die Amtsumlage zu einer Steigerung.

Die Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften sind um 21 Mill. DM oder 3%, also mehr als die Gesamtausgaben, auf 623 Mill. DM gestiegen. Dadurch verringerten sich die Nettoausgaben, das sind die Ausgaben, die die Gemeinden und Gemeindeverbände aus eigenen Einnahmen bestreiten, geringfügig. Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände finanzierten 1966 zwei Drittel ihrer Gesamtausgaben aus eigenen Mitteln.

Hohe Personalausgaben im Bereich der Gesundheitspflege

Nur ein kleiner Teil der Personalausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände wird für Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne verwendet. Zählt man hierzu die beiden Verwaltungszweige "Allgemeine Verwaltung" und "Finanzen und Steuern", so sind es 90 Mill. DM oder etwa ein Fünftel der gesamten Personalausgaben. In diesen beiden Bereichen waren darüber hinaus die Zuwachsraten niedriger als im Durchschnitt, so daß ihr Anteil sogar leicht rückläufig ist. Der Schwerpunkt der gemeindlichen Personalausgaben liegt vielmehr außerhalb der reinen Verwaltungstätigkeit. Hier ragen die Aufwendungen für die Gesundheitspflege mit 79 Mill. DM oder fast einem Fünftel aller Personalausgaben heraus, die auch mit reichlich 11% die größte Zuwachsrate nachweisen. Es handelt sich überwiegend um Zahlungen an das Personal in kommunalen Krankenhäusern. An zweiter Stelle stehen die Personalausgaben für öffentliche Einrichtungen, darunter vor allem die Stadtentwässerung, Feuerwehr, Müllabfuhr und Parkanlagen mit 60 Mill. DM oder einem Anteil von 14%. Gewichtig sind außerdem noch die Bereiche soziale Angelegenheiten mit 56 Mill. DM oder 13%, das Bau- und Wohnungswesen mit 54 Mill. DM oder 13% und die Schulen mit 50 Mill. DM oder 12%. Am niedrigsten war die Zuwachsrate bei den Wirtschaftsunternehmen mit knapp 4%. Da sich die Zuwachsraten der übrigen Verwaltungszweige um den Durchschnitt bewegten, haben sich die Anteile der einzelnen Verwaltungszweige an den gesamten Personalausgaben nur geringfügig verschoben.

Ihrer Aufgabenstellung entsprechend gibt es bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht so viele Beamte wie bei Bund und Land. Die Beamtenbezüge machen daher nur 83 Mill. DM oder ein Fünftel aus, während an Angestelltenvergütungen 194 Mill. DM oder 45% und an Arbeiterlöhnen 100 Mill. DM oder

Personalausgaben 1966¹

Verwaltungszweig	Mill. DM	Anteil in %	Steigerung gegenüber 1965 in %
Allgemeine Verwaltung	63	14,5	+ 9,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	20	4,7	+ 9,3
Schulen	50	11,5	+ 10,1
Kultur	20	4,6	+ 9,0
Soziale Angelegenheiten	56	12,9	+ 7,8
Gesundheitspflege	79	18,3	+ 11,4
Bau- und Wohnungswesen	54	12,5	+ 10,6
Öffentliche Einrichtungen,			
Wirtschaftsförderung	60	13,8	+ 10,3
Wirtschaftsunternehmen	4	1,0	+ 3,7
Finanzen und Steuern	27	6,2	+ 9,5
Personalausgaben insgesamt	433	100	+ 9,9

1) ohne Medizinische Akademie Lübeck

knapp ein Viertel der gesamten Personalausgaben gezahlt wurden. Für Versorgungsleistungen mußten die Kommunen 35 Mill. DM bereitstellen.

Es überrascht nicht, daß die kreisfreien Städte mit 191 Mill. DM oder 44% an den gesamten Personalausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sind, da es eine altbekannte Tatsache ist, daß die Personalaufwendungen überproportional zur Einwohnerzahl wachsen und die kreisfreien Städte darüber hinaus eine Doppelfunktion als Gemeinde und als Kreis ausüben. Auf den Einwohner umgerechnet gaben die kreisfreien Städte 280 DM, die größeren Gemeinden (über 20 000 Einwohner) 158 DM, die mittleren (10 bis 20 000 Einwohner) 112 DM und die kleinen Gemeinden und Ämter 53 DM für ihr Personal aus. Im Landesdurchschnitt waren es 176 DM.

Größte Investitionen im Straßenbau

Beinahe alle Verwaltungszweige wurden von der Einschränkung der Bauinvestitionen betroffen. Von den gewichtigeren Verwaltungszweigen gibt es nur zwei, die 1966 mehr investiert haben als 1965. Das sind einmal die Schulen und zum anderen der Straßenbau. Für den Schulbau wurden 4 Mill. DM oder 5% mehr ausgegeben und für den Straßenbau 1 Mill. DM. Dadurch konnte der Straßenbau seine Spitzenposition unter den Investitionsarten weiter ausdehnen und die Schulen nehmen jetzt die zweite Stelle ein. Der Anteil des Straßenbaus erhöhte sich von einem Drittel auf 35% und der der Schulen von 19% auf 21%. Die größte relative Schrumpfung ergab sich bei den Krankenhäusern, deren Investitionen um ein Drittel geringer waren und die größte absolute bei den Kanalisationsvorhaben, für die 10 Mill. DM weniger aufgewendet wurden. Die Wirtschaftsunternehmen der schleswig-

Bauinvestitionen 1966¹

Verwaltungszweig	Mill. DM	Anteil in %	Veränderung gegenüber 1965 in %
Schulen	85	21,1	+ 4,9
Krankenhäuser	7	1,7	- 36,4
Wohnungsbau	13	3,2	- 18,7
Straßenbau	141	35,1	+ 0,7
Öffentliche Einrichtungen	79	19,7	- 8,1
darunter Stadtentwässerung	57	14,2	- 14,9
Wirtschaftsunternehmen	24	6,0	- 17,2
Übrige Verwaltungszweige	52	12,9	- 7,1
Bauinvestitionen insgesamt	402	100	- 4,1

1) ohne Medizinische Akademie Lübeck

holsteinischen Gemeinden haben 5 Mill. DM oder ein Sechstel weniger investiert als 1965. Auch der Wohnungsbau blieb von den Einschränkungen nicht verschont. Hier wurden 3 Mill. DM oder reichlich ein Fünftel weniger eingesetzt als im Jahr zuvor.

Die Finanzlage der kreisfreien Städte hat wesentlichen Einfluß auf die rückläufige Investitionsrate gehabt, obwohl sie nur ein Viertel aller Bauinvestitionen stellen. Hier wurden allein 13 Mill. DM weniger investiert als 1965. Die vier kreisfreien Städte schränkten ihre Investitionstätigkeit hauptsächlich in den Bereichen Stadtentwässerung und Wirtschaftsunternehmen ein. Im Straßenbau investierten sie dagegen wie die anderen kommunalen Gebietskörperschaften mehr als 1965.

Neben den kreisfreien Städten verminderten noch die Kreisverwaltungen um 4 Mill. DM und die kleinen Gemeinden und Ämter um 14 Mill. DM ihr Investitionsvolumen. Die mittleren Gemeinden (10 bis 20 000 Einwohner) und die größeren Gemeinden (20 000 und mehr Einwohner) erhöhten es dagegen um 5 Mill. DM und 8 Mill. DM. Ein Vergleich der DM-je-Einwohner-Beträge zeigt, daß die kreisfreien Städte von den mittleren Gemeinden, die 1965 noch an letzter Stelle gelegen hatten, von der Spitze verdrängt worden sind. Die mittleren Gemeinden investierten für 153 DM, die kreisfreien Städte für 148 DM und die kleinen Gemeinden und Ämter für 145 DM. Im Durchschnitt aller Gemeinden und Ämter waren es 147 DM.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben die vier kreisfreien Städte ihre Bauinvestitionen in den ersten drei Vierteljahren 1967 weiterhin kräftig eingeschränkt. Wenn nicht im letzten Vierteljahr noch überdurchschnittlich hohe Ausgaben getätigt werden, dürfte der Rückgang noch höher sein als 1966.

Die Steuern machen nur ein Viertel der Einnahmen aus

Die unbereinigten Gesamteinnahmen - auch hier wird in der weiteren Darstellung auf den Zusatz "unbereinigt" verzichtet - der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 1966 auf

Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Einnahmeart	1965		1966 ¹		Veränderung in %
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	
Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	848	46,4	907	48,7	+ 7,0
Steuern	418	22,9	442	23,7	+ 5,6
darunter Gewerbesteuer	264	14,4	276	14,8	+ 4,5
Grundsteuer A	29	1,6	29	1,6	- 0,1
Grundsteuer B	64	3,5	67	3,6	+ 4,8
Steuerähnliche Einnahmen	4	0,2	5	0,2	+ 15,9
Gebühren, Entgelte, Strafen	277	15,2	307	16,5	+ 10,9
Mieten, Pachten	28	1,5	30	1,6	+ 8,0
Übrige Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	121	6,6	124	6,7	+ 2,3
Einnahmen der Vermögensbewegung	377	20,6	334	17,9	- 11,5
darunter					
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmitteln	180	9,9	146	7,8	- 18,9
Entnahmen aus Rücklagen	138	7,5	122	6,6	- 11,0
Rückflüsse von Darlehen	10	0,5	8	0,4	- 13,7
Unmittelbare Einnahmen	1 225	67,1	1 241	66,6	+ 1,3
Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften	602	32,9	623	33,4	+ 3,5
Unbereinigte Gesamteinnahmen	1 827	100	1 864	100	+ 2,0

1) ohne Medizinische Akademie Lübeck

1,9 Mrd. DM und waren um 37 Mill. DM oder 2% höher als 1965. Die Haushaltsordnung, die leider noch nicht den Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaften angepaßt ist, schreibt vor, daß ein Haushalt für jedes Jahr in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein muß. Diese Forderung läßt sich in der Praxis selten erreichen, da die Abwicklung eines Haushalts nicht immer zu einem bestimmten Stichtag abgeschlossen sein kann. Vielmehr schließt jedes Jahr eine nicht unbedeutende Zahl von kommunalen Gebietskörperschaften ihren Haushalt mit Mehrausgaben oder Mehreinnahmen ab. Im Jahre 1966 waren es 795 Kommunen, die in der ordentlichen Rechnung - die außerordentliche Rechnung wird wegen ihrer andersartigen Abwicklung nicht einbezogen - Mehreinnahmen und 809, die Mehrausgaben nachwiesen. Nur 5 Gemeinden hatten einen ausgeglichenen Haushalt. Per Saldo ergaben sich 9,1 Mill. DM Mehrausgaben. Auffallend ist jedoch die ab 1963 zu beobachtende Entwicklung. Seit diesem Jahr schließen nämlich die Gemeinden im verstärkten Umfang mit Mehrausgaben ab, während sich in den davorliegenden Jahren per Saldo Mehreinnahmen ergaben.

Wie auf der Ausgabenseite haben die weitgehend feststehenden Einnahmen - die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen - ein Übergewicht, das sich 1966 sogar noch vergrößerte. Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen nahmen nämlich um 7% zu und die Einnahmen der Vermögensbewegung um fast 12% ab. Dadurch erhöhte sich der Anteil der Verwaltungs- und Betriebseinnahmen an den Gesamteinnahmen von 46% auf die Hälfte und der der Einnahmen der Vermögensbewegung verminderte sich von 21% auf 18%. Wesentlichen Anteil an der günstigen Entwicklung der Verwaltungs- und Betriebseinnahmen haben die Einnahmen aus Gebühren, Entgelten und Strafen, die 30 Mill. DM oder 11% mehr erbrachten als 1965. Sie stellen mit 307 Mill. DM oder einem Sechstel die zweitwichtigste Gruppe der Verwaltungs- und Betriebseinnahmen. Eine der größten

Einnahmegruppen sind die Steuern, die mit 442 Mill. DM knapp ein Viertel der Gesamteinnahmen ausmachen und sich um 6% erhöhten. Sie nehmen jedoch nicht, wie landläufig angenommen wird, die Spitze ein. Hier stehen vielmehr die Zuweisungen und Darlehen von Bund und Land, die 468 Mill. DM oder ein Viertel zu den Gesamteinnahmen beitrugen. Unter den Steuern ragen die Gewerbesteuern mit 276 Mill. DM oder 15% heraus. Sie vermehrten sich um 12 Mill. DM oder fast 5%. Die Grundsteuer B erhöhte sich ebenfalls um 5% und die Grundsteuer A nahm leicht ab. Bei der Grundsteuer B macht sich bemerkbar, daß immer mehr Grundstücke den Befreiungszeitraum von 10 Jahren überschreiten.

Alle gewichtigeren Arten der Einnahmen aus der Vermögensbewegung waren 1966 niedriger als ein Jahr zuvor. Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände besorgten sich nur noch für 146 Mill. DM Mittel auf dem Kreditmarkt, das waren 34 Mill. DM oder fast ein Fünftel weniger als 1965. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen ging dadurch von einem Zehntel auf 8% zurück. Auch aus den Rücklagen wurden nicht so viele Mittel entnommen. Sie waren um 15 Mill. DM oder 11% niedriger und ergaben 7% der Gesamteinnahmen.

Der dritte Hauptbestandteil der Gesamteinnahmen sind die Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften. Sie steuern ein Drittel zu den Gesamteinnahmen bei. Es handelt sich dabei überwiegend um Landes- und Bundesmittel. Ein Drittel davon stellen die Schlüsselzuweisungen mit 159 Mill. DM oder 9% der Gesamteinnahmen. Sie erhöhten sich um knapp 3%. Günstig war die Entwicklung bei der Kraftfahrzeugsteuer, von der die Gemeinden sechs Zehntel erhalten. Sie erreichte 70 Mill. DM, was einem Zuwachs von reichlich einem Zehntel entspricht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Heft 7/1967

Landtagswahl, Alter und Geschlecht
Blumen- und Zierpflanzenanbau
Öffentliche Wasserwirtschaft
Kriegsopferfürsorge

Heft 8/1967

100 Jahre Kreise
Ehescheidungen
Weinbestände 1962 — 1966
Preisindex für Agrarprodukte

Heft 9/1967

Strafurteile 1965
Ausfuhr 1964 — 1966
Preise von Agrarprodukten
Wohnverhältnisse der Vertriebenen
Kriegsopferversorgung
Schlepper

Heft 10/1967

Abiturienten — gestern und morgen
Landtagswahl — regionale Ergebnisse
Vieh- und Fleischwirtschaft
Baufertigstellungen 1966

Heft 11/1967

Zuckerrüben und Zucker
Beschäftigtenstruktur Industrie
Umsatz der Unternehmen 1966
Straßenverkehrsunfälle 1966
Erzeugerpreise in der Industrie
Schwerbeschädigte

Heft 12/1967

Gemeinden und Ämter
Wasserhaushalt Industrie
Löhne im Handwerk
Die kommunalen Haushalte 1966

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft 12 . Dez. 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 466	2 468	2 470	2 492	2 495
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	2 828	1 447	1 476	1 904	2 753
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	13,5	7,1	7,0	9,0	13,0
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	3 942	3 830	3 763	3 775	3 766
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	18,8	18,9	18,0	17,9	17,8
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 218	2 216	2 293	2 319	2 303
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	10,6	10,9	10,9	11,0	10,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	79	68	63	80	64	76
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,5	17,3	16,4	21,3	17,0	20,2
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	1 724	1 614	1 470	1 456	1 463
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	8,2	8,0	7,0	6,9	6,9
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	7 526	7 116	9 112	7 978	7 192
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	5 797	6 905	8 197	6 226	6 094
* Wanderungsgewinn		260	1 465	1 729	211	915	1 752	1 098
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	9 008	8 968	12 014	10 305	10 353
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	22 331	22 989	29 323	24 509	23 639
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	165	150	158	197	165	161
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	8	5	5	7	15	15	15	18
darunter * Männer	1 000	31	6	3	3	4	11	10	10	12
Offene Stellen	1 000	5	19	22	20	15	11	11	10	9
darunter für Männer	1 000	3	9	11	10	8	5	5	5	4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	.	1 767	.	.	.	1 831	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	.	174	.	.	.	189	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	108	.	.	.	116	.
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	33	36	48	24	35	37	48
* Kälber	1 000 St.	5	4	3	3	3	3	3	2	3
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	157 ^c	156	146	162	167	161	164	181
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	2	2	6	3	3	3	7
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	21,3	21,2	25,0	19,8	22,2	23,1	27,2
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	7,2	8,2	11,2	5,3	7,8	8,6	11,5
* Schweine	1 000 t	5,9	12,8	13,6	12,7	13,5	14,3	14,1	14,3	15,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	236	224	230	243	227	223	235	244
Kälber	kg	49	58	63	57	51	61	57	56	54
Schweine	kg	89	88	88	88	87	87	89	89	89
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	162	121	113	199	161	117	112
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	92	90	88	93	92	90	88
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	10,4	8,0	7,2	12,5	10,2	7,7	7,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	180	180	179	170	172	172	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	141	140	139	131	132	132	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	22 971	23 922	23 642	19 992	19 951	20 936	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	112,9	109,5	105,2	103,8	109,7	102,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	41,8	41,4	41,5	43,6	43,4	42,8	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	49	47	50	56	42	38	37	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	11 027	10 962	10 086	12 129	12 216	11 808	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	75	71	77	68	71	77	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	124	127	135	125	125	130	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	37	39	44	38	38	38	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	811	832	838	783	739	845	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	130	91	108	87	81	103	...
Produktionsindex	1958=100	100	142	138	149	152	137	126	147	...
Steine und Erden		100	158	186	195	191	182	187	205	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	142	142	131	113	94	117	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	101	108	102	87	86	93	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	128	134	147	142	133	139	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	180	210	198	194	140	188	...
Wasserfahrzeuge		100	86	78	89	93	81	66	80	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	108	127	155	121	105	129	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	130	147	148	119	126	151	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	179	203	193	145	158	220	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	199	207	217	181	170	188	...
Leder		100	36	27	26	24	11	11	9	...
Schuhe		100	93	104	96	95	80	87	98	...
Textilien		100	93	91	106	97	76	54	86	...
Bekleidung		100	126	119	141	133	106	104	120	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	165	194	207	157	160	198	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	133	167	160	99	124	156	...
Milcherzeugnisse		100	136	105	90	91	154	117	89	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	147	154	156	145	139	156	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) ¹²⁾	30. 9. 1962=100	.	101	.	104	.	96
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	132	.	145	.	120
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	134	.	148	.	123
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	131	138	157	123	124	94	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	304	295	296	316	284	304	314	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	18	19	20	16	17	19	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe; 1967: Juni

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	67 553	66 587	65 788	p60 485	p61 446	p61 589	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	10 898	10 914	10 614	p 9 166	p 9 467	p 9 744	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 535	4 628	4 477	p 4 042	p 4 082	p 4 344	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 623	4 546	4 473	p 3 587	p 3 867	p 3 833	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	60,9	61,0	58,1	p 49,4	p 52,0	p 52,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,5	4,5	4,5	p 4,3	p 4,4	p 4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	183,0	194,7	183,2	p 156,8	p 164,1	p 168,1	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	849	1 115	856	807	1 197	944	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	173	204	199	171	197	162	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	117,0	132,6	124,6	131,4	158,4	120,2	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	81,1	97,2	78,2	88,9	117,3	88,4	...
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	1 158	1 427	1 370	1 379	1 660	1 232	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	726	899	716	879	1 094	827	...
*Wohnungen		2 109	2 298	1 921	2 331	1 752	2 252	2 900	2 192	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	1 646	2 046	1 513	1 976	2 639	1 922	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	1 818	1 586	2 232	1 798	1 330	1 675	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	7 249	6 957	8 934	7 850	5 759	7 440	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	496	1 741	2 860	542	515	581	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	973	1 030	3 391	911	521	1 223	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	22 958	25 098	22 997	22 470	27 434	26 878	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	31 338	35 790	38 760	25 651	31 001	35 162	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	129,5	101,8	153,7	105,6	103,7	112,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	10,0	7,3	13,3	9,0	10,0	10,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	119,5	94,5	140,4	96,6	93,7	101,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	3,4	3,4	3,7	3,4	3,6	3,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	11,6	10,0	13,3	10,5	7,8	8,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	104,5	81,2	123,4	82,7	82,3	90,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	6,1	7,2	7,9	8,1	8,2	11,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	98,5	74,0	115,5	74,6	74,1	78,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	29,4	29,1	33,8	35,9	32,5	36,3	...
darunter										
Italien	Mill. DM	1,7	6,6	6,6	6,6	10,1	10,5	6,6	8,4	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	10,7	10,8	11,4	13,1	14,0	15,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	31,0	35,9	68,3	29,7	29,9	33,9	...
darunter										
Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	9,3	13,5	10,2	7,4	6,8	11,7	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	5,1	4,7	6,4	5,4	4,5	4,8	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	2,3	2,4	32,3	2,4	3,2	2,2	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	4,0	5,2	8,1	4,5	5,3	5,2	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	380	189	108	p 437	p 402	p 197	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	44	21	13	p 61	p 44	p 21	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	4 036	1 441	422	p 3 971	p 4 460	p 1.556	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	100	40	24	p 130	p 102	p 39	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1966	1966			1967				
			Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Verkehr												
Binnenschifffahrt												
*Güterempfang	1 000 t		126	240	263	253	258	226	240	235	...	
*Güterversand	1 000 t		195	353	424	385	433	387	451	429	...	
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge			3 262	5 521	4 587	5 692	5 158	4 492	3 986	4 821	...	
darunter												
Krafträder (einschl. Motorroller)			227	11	13	7	4	19	10	11	...	
*Personenkraftwagen			2 107	4 311	3 660	4 411	4 087	3 564	3 223	3 801	...	
*Kombinationskraftwagen			175	440	273	396	364	345	238	329	...	
*Lastkraftwagen			293	390	340	392	333	315	232	264	...	
Straßenverkehrsunfälle												
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 115	1 303	1 210	1 212	1 426	1 331	p 1 343	p 1 274	
*Getötete Personen			40	60	74	58	78	79	72	p 62	p 71	
*Verletzte Personen			1 130	1 502	1 784	1 579	1 570	2 020	1 884	p 1 764	p 1 600	
Geld und Kredit												
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)												
*Kredite an Nichtbanken												
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	8 993 ^d	8 821	8 893	8 932	9 414	9 397	9 482	...	
davon												
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 078 ^d	2 134	2 155	2 137	2 307	2 215	2 263	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 053 ^d	2 107	2 143	2 125	2 296	2 199	2 256	...	
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	6 915 ^d	6 687	6 738	6 795	7 107	7 182	7 218	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	5 922 ^d	5 731	5 776	5 820	6 061	6 106	6 135	...	
*Einlagen von Nichtbanken												
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	5 575 ^d	5 415	5 403	5 442	5 906	6 034	6 104	...	
davon												
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	1 906 ^d	1 971	1 931	1 939	2 032	2 116	2 152	...	
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 589 ^d	1 650	1 592	1 630	1 678	1 734	1 739	...	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	3 668 ^d	3 445	3 472	3 502	3 874	3 918	3 952	...	
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 412 ^d	2 274	2 290	2 308	2 533	2 559	2 579	2 612	
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	745 ^d	695	702	707	795	805	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	182	169	156	163	197	175	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	141	129	128	133	178	131	
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)			9	11	12	16	12	15	9	11	5	
Vergleichsverfahren (eröffnete)			2	1	1	1	-	2	3	-	2	
Wechselproteste												
Anzahl			636	839	892	963	889	941	733	
Wert	1 000 DM		465	1 118	1 173	1 457	1 445	1 095	826	
Steuern												
*Einnahmen für Rechnung des Landes			1 000 DM	32 185	81 845	57 243	125 780	57 537	62 262	64 097	137 633	62 721
darunter												
*Vermögenssteuer	1 000 DM		1 463	3 256	8 185	510	462	2 510	11 244	1 060	1 067	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	9 680	8 963	9 673	10 161	10 057	9 483	9 699	11 096	
*Biersteuer	1 000 DM		420	758	975	913	990	962	974	1 092	1 102	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	63 278	34 448	110 717	41 916	43 169	37 983	121 644	43 738	
*Einnahmen für Rechnung des Bundes			1 000 DM	93 577	159 218	136 662	190 225	146 771	151 914	144 799	198 796	144 529
darunter												
*Umsatzsteuer	1 000 DM		26 688	51 856	54 000	56 053	56 289	55 492	54 061	54 692	52 567	
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM		3 113	4 851	4 960	5 183	4 681	5 237	5 238	7 518	3 417	
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 510	1 664	1 644	1 769	1 720	1 726	1 633	1 728	
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 706	7 671	5 352	6 109	5 658	5 471	5 960	8 924	
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	53 838	46 342	51 205	51 122	58 455	55 996	57 551	52 203	
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	34 275	34 059	38 054	36 608	57 103	38 183	42 523	37 633	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	40 456	22 024	70 787	26 799	25 353	22 308	71 442	25 687	
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	2	2	2	- 2	1	1	2	
* Lastenausgleichsabgaben			1 000 DM	5 396	4 685	7 211	1 545	2 771	1 844	7 276	1 517	2 697
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾			1 000 DM	37 688	103 734	56 472	181 504	68 715	68 522	60 291	193 085	69 426
davon												
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	49 840	53 984	59 929	66 004	54 625	53 188	62 913	63 128	
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	43 119	2 366	96 982	3 218	11 046	4 203	106 112	4 252	
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	917	480	- 0	37	1 678	1 756	1 273	1 642	
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 322	9 858	- 358	24 594	- 545	1 173	1 145	22 787	403	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
noch: Steuern										
Gemeindesteuerereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	.	100 854	.	.	.	107 337	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 288 ⁺	.	7 430 ^e	.	.	.	7 309 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	.	17 270 ^e	.	.	.	19 060 ^e	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	.	67 757 ^e	.	.	.	73 101 ^e	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	.	8 397 ^e	.	.	.	7 860 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	.	8 725 ^e	.	.	.	8 950 ^e	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	107,0	106,1	106,0	105,8	105,7	105,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	.	107,0	107,3	107,2	107,3	106,7	107,0	106,9	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	r 107,7	107,3	r 106,8	106,5	r 102,6	102,7	p 103,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8	105,8	105,7	105,7	104,7	104,7	104,5	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	111,1	110,8	109,6	p 103,2	p 102,7	p 103,4	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	119,2	.	.	.	115,5
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	107,7 ^g	109,5	109,6	108,9	107,5	107,2	107,3	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	119	119	119	119	120	120	119	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	112,8	112,8	112,6	112,8	115,1	114,4	114,1	114,0
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	111,3	110,7	110,6	113,7	111,6	110,8	...
Kleidung, Schuhe		.	110,5	110,6	111,1	111,4	112,1	112,0	111,9	...
Wohnungsmieten		.	129,7	130,7	131,1	132,7	138,8	139,3	139,5	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	106,8	107,5	108,6	107,7	108,4	108,7	...
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,6	108,6	108,7	108,2	108,1	108,1	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	221	.	.	228	228
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	.	241	240
*weiblich	DM	68	135	.	.	136	137
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,85	.	.	4,94	5,07
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	.	.	5,26	5,36
*weiblich	DM	1,53	3,25	.	.	3,78	3,40
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	.	46,1	45,0
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	.	41,6	40,2
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	41,9	.	.	44,9	40,6
*weiblich	Std.	41,4	37,5	.	.	40,9	35,8
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 101	.	.	1 131	1 161
*weiblich	DM	382	717	.	.	728	751
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 216	.	.	1 230	1 244
*weiblich	DM	403	741	.	.	750	769
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	969	.	.	991	1 002
*weiblich	DM	331	603	.	.	616	624
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 114	.	.	1 133	1 144
weiblich	DM	(259)	(744)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 010	.	.	1 034	1 050
*weiblich	DM	347	636	.	.	649	660
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 208	.	.	1 223	1 236
*weiblich	DM	391	741	.	.	751	766

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushalts-

vorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab

1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.7. - 30.9. f) Wirtschaftsjahr 1958/59

(Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
Mill. DM							in 1 000					
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-ein-lagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge	
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Em-pfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2	.	.	8,9	
1963	419	39	228	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9	
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5	
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5	
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	...	14,1	

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen 4)		Neuverschuldung ⁵⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden				des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	ins-gesamt	Umsatz-steuer	Ver-brauch-steuern	ins-gesamt	aus Steuern vom Ein-kommen	ins-gesamt	Gewerbe-steuer	ins-gesamt	Lohn-steuer		ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^a
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^b
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^b
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888 ^b
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971 ^b

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude (Baulei- stungen am Gebäude) 1962 = 100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁸⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst		
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ⁹⁾		
	indu- strieller Produkte 1962=100	landwirt- schaftlicher Produkte 7) 1961/63 =100		ins- gesamt	Nah- rungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Kaufmännische Angestellte		Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspek- tor)	Ange- stellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen			
								DM				
1958	97,2	97,5	75,8	92,7	.	117	68	554	347	685	861	557
1963	100,5	103,5	105,2	103,0	102,9	172	106	806	505	963	1 077	749
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 248	862

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude bezeichneten Jahres)

3) einschl. Kombinationskraftwagen

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des

bezeichneten Jahres)

4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veran-

lagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten

5) ohne Kassenkredite

6) 4-Personen-Arbeitnehmer-

haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

8) einschl. Hoch-

und Tiefbau

9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Stand 31. 3.

b) Stand 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.8.1967			Bevölkerungsveränderung im August 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Oktober 1967		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
FLensburg	96 474	+ 0,2	- 0,2	59	87	146	41	-	56
KIEL	269 277	- 0,1	- 0,0	111	- 418	- 307	132	5	155
LÜBECK	242 830	+ 0,0	+ 0,3	70	41	111	120	2	139
NEUMÜNSTER	73 512	+ 0,1	- 0,9	53	4	57	33	1	40
Eckernförde	72 181	+ 0,1	+ 1,8	33	64	97	33	3	44
Eiderstedt	19 839	- 0,1	+ 0,4	1	- 21	- 20	7	-	9
Eutin	95 295	+ 0,1	+ 1,0	52	22	74	43	2	59
Flensburg-Land	72 045	+ 0,2	+ 2,0	75	103	178	38	4	48
Hzgt. Lauenburg	140 648	+ 0,1	+ 1,0	63	141	204	59	3	78
Husum	65 907	+ 0,1	+ 0,7	53	- 7	46	37	5	49
Norderdithmarschen	61 156	+ 0,3	+ 1,8	38	131	169	29	3	36
Oldenburg (Holstein)	86 870	+ 0,1	+ 1,4	26	50	76	32	2	44
Pinneberg	258 484	+ 0,1	+ 2,1	221	33	254	144	5	174
Plön	117 600	+ 0,1	+ 1,2	81	39	120	63	5	90
Rendsburg	164 782	+ 0,0	+ 0,3	105	- 95	10	91	12	110
Schleswig	100 540	+ 0,2	+ 1,1	63	159	222	56	4	66
Segeberg	110 433	+ 0,4	+ 3,0	77	348	425	61	6	75
Steinburg	128 059	- 0,0	+ 1,1	67	- 69	- 2	78	5	93
Stormarn	173 460	+ 0,3	+ 3,8	129	408	537	110	1	147
Süderdithmarschen	73 714	+ 0,0	+ 0,0	39	- 11	28	32	2	46
Südtondern	71 534	+ 0,2	+ 2,1	47	89	136	35	1	42
Schleswig-Holstein	2 494 640	+ 0,1	+ 1,2	1 463	1 098	2 561	1 274	71	1 600

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1.7.1967		
	Betriebe am 30.9. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Sept. 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im September 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 30.9. 1967	je 1 000 Einw. am 30.9. 1967					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	68	6 574	68	47,6	28	2 415	19 228	16 996	176
IEL	170	30 966	115	105,6	317	1 629	54 349	47 838	177
LÜBECK	153	32 569	134	113,9	21 849	4 668	45 205	39 009	161
NEUMÜNSTER	59	9 516	129	31,6	486	587	15 230	13 261	180
Eckernförde	38	1 709	24	6,5	6	389	17 428	12 953	180
Eiderstedt	9	439	22	2,4	-	33	4 914	3 595	182
Eutin	49	3 811	40	17,3	277	569	21 363	16 970	179
Flensburg-Land	32	773	11	3,7	39	254	20 259	14 774	206
Hzgt. Lauenburg	99	8 287	59	31,1	304	1 554	32 718	25 468	181
Husum	22	1 265	19	6,2	2	102	16 959	12 286	187
Norderdithmarschen	34	1 489	24	3,9	47	492	15 044	10 986	181
Oldenburg (Holstein)	30	1 529	18	7,6	400	802	19 736	14 348	166
Pinneberg	258	22 991	89	132,1	598	7 551	57 346	48 242	187
Plön	54	2 592	22	14,1	157	562	28 027	21 188	181
Rendsburg	104	8 999	55	35,8	1 274	2 367	39 754	29 895	181
Schleswig	43	3 515	35	30,5	2 456	2 103	25 665	18 891	188
Segeberg	90	5 552	50	25,7	103	1 875	29 971	22 119	202
Steinburg	94	10 165	79	52,9	6 810	21 736	29 256	22 170	173
Stormarn	134	13 632	79	116,4	532	2 270	41 084	33 889	197
Süderdithmarschen	37	4 323	59	53,4	1 185	24 663	18 190	13 211	179
Südtondern	13	959	13	6,7	-	113	17 332	12 973	183
Schleswig-Holstein	1 590	171 655	69	845,0	36 870	76 734	569 058	451 062	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.8.1967

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30.6.1967			Offene Stellen am 30.9.1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30.6.1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im September 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine ins-gesamt am 3.6.1967	Rindvieh am 3.6.1967	
		VZ 1939	30.6.1966							ins-gesamt	Milch-kühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 489	+ 57	+ 1,2	10	14	117	89,9	7,7	1 731	1 500	501
Hamburg	1 840	+ 7	- 0,6	14	25	1	86,1	7,6	25	19	7
Niedersachsen	6 982	+ 54	+ 0,4	33	55	301	86,8	9,7	5 025	2 946	1 035
Bremen	751	+ 33	+ 0,6	5	7	2	69,0	9,6	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 832	+ 41	+ 0,1	92	311	221	90,4	9,3	3 283	1 984	783
Hessen	5 250	+ 51	+ 0,6	35	121	113	80,4	9,8	1 328	948	384
Rheinland-Pfalz	3 620	+ 22	+ 0,5	14	34	82	77,4	9,1	777	786	303
Baden-Württemberg	8 548	+ 56	+ 0,3	63	276	228	75,4	9,2	1 956	1 891	823
Bayern	10 256	+ 45	+ 0,7	52	152	575	75,9	9,8	3 975	4 348	1 989
Saarland	1 132	+ 24	+ 0,0	2	16	10	75,0	10,4	70	74	31
Berlin (West)	2 173	- 21	- 0,8	16	15	0	10,7	13,0	-	-	-
Bundesgebiet	59 872	+ 39	+ 0,3	336	1 024	1 651	81,1	9,4	18 181 ^a	14 517 ^a	5 862 ^a

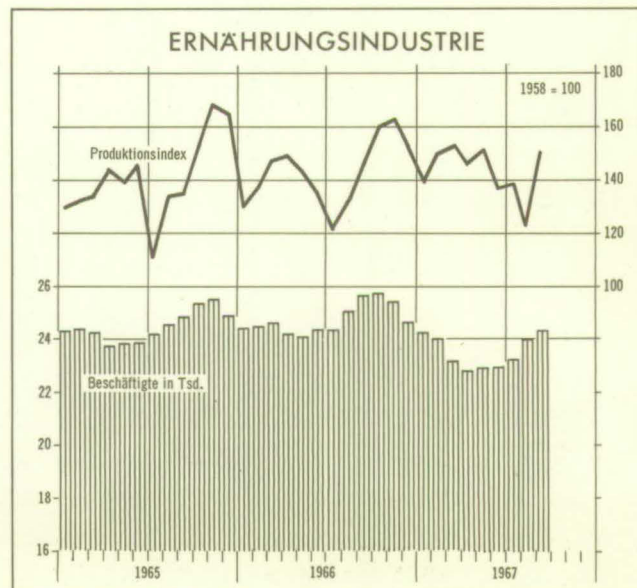
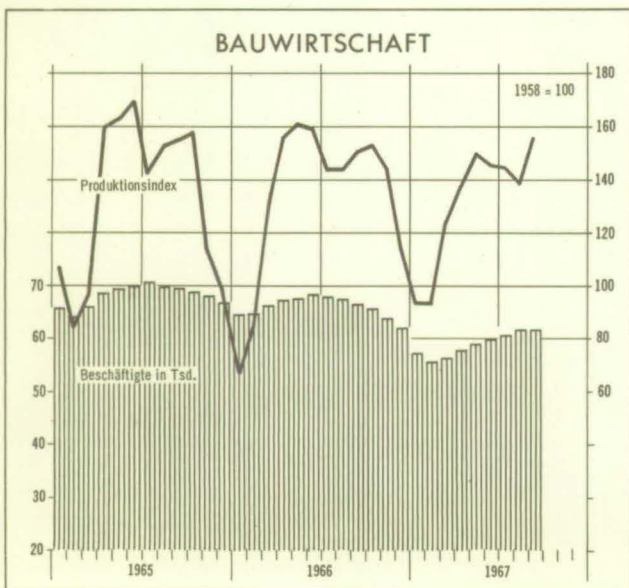
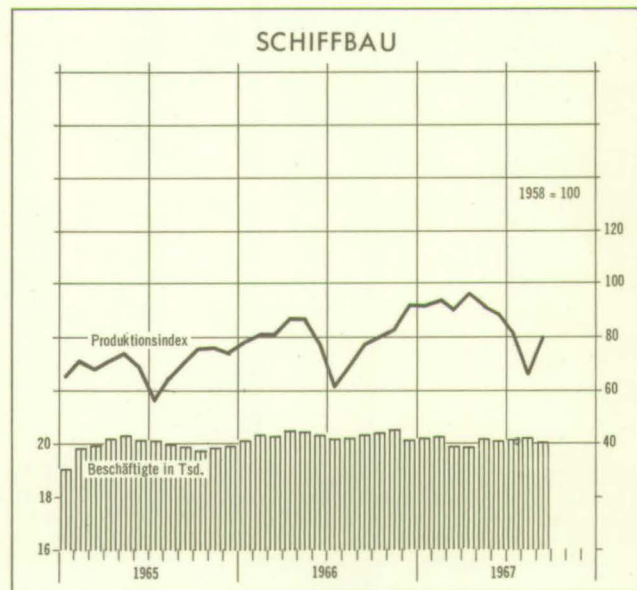
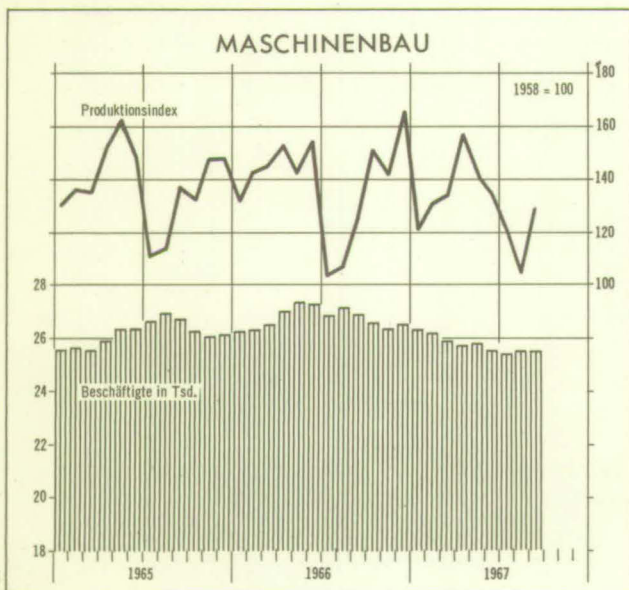
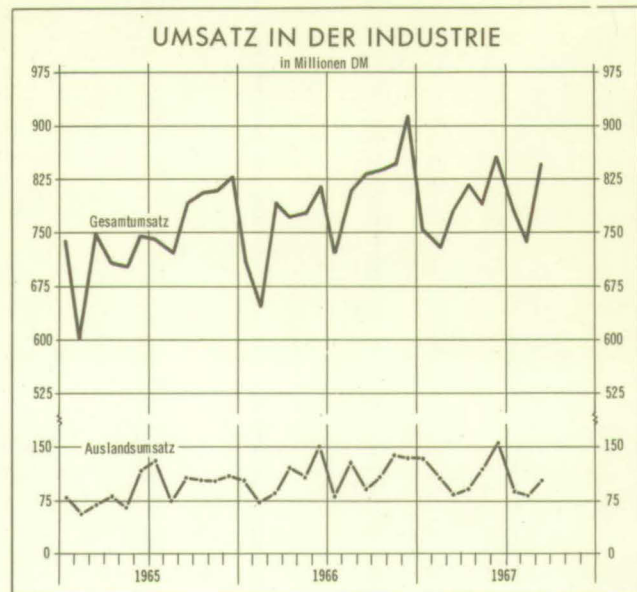
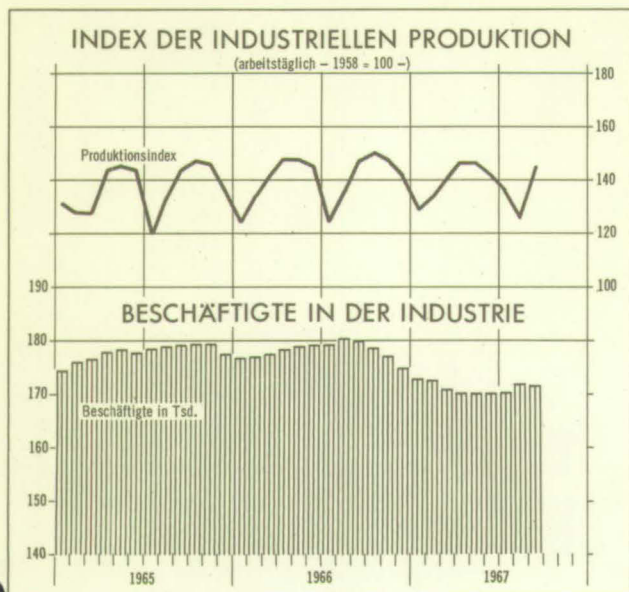
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im August 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im Juli 1967		Produk- tions- index ²⁾ 1958=100 im Juli 1967	Beschäftigte am 31. 7. 1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 7. 1967	je 1 000 Einw. am 30. 6. 1967	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	170	68	783	11	137	60	24	2 900	11,7	1 330	5,4
Hamburg	202	110	1 261	12	.	45	24	565	3,1	1 353	7,3
Niedersachsen	709	102	2 671	19	.	176	25	6 237	8,9	4 564	6,5
Bremen	93	125	466	13	.	21	28	242	3,2	304	4,1
Nordrhein-Westfalen	2 528	151	10 379	18	.	377	22	13 035	7,7	9 527	5,7
Hessen	668	127	2 519	22	161	138	26	3 643	6,9	8 617	16,4
Rheinland-Pfalz	362	100	1 633	20	216	85	24	3 061	8,5	1 601	4,4
Baden-Württemberg	1 409	165	5 015	20	150	217	25	8 248	9,7	6 494	7,6
Bayern	1 235	120	4 248	16	.	281	27	8 142	8,0	6 529	6,4
Saarland	152	135	434	32	.	23	21	384	3,4	461	4,1
Berlin (West)	254	117	937	14	.	47	22	1 964	9,0	1 910	8,8
Bundesgebiet	7 784	130	30 345	18	149	1 470	25	48 421	8,1	42 690	7,1

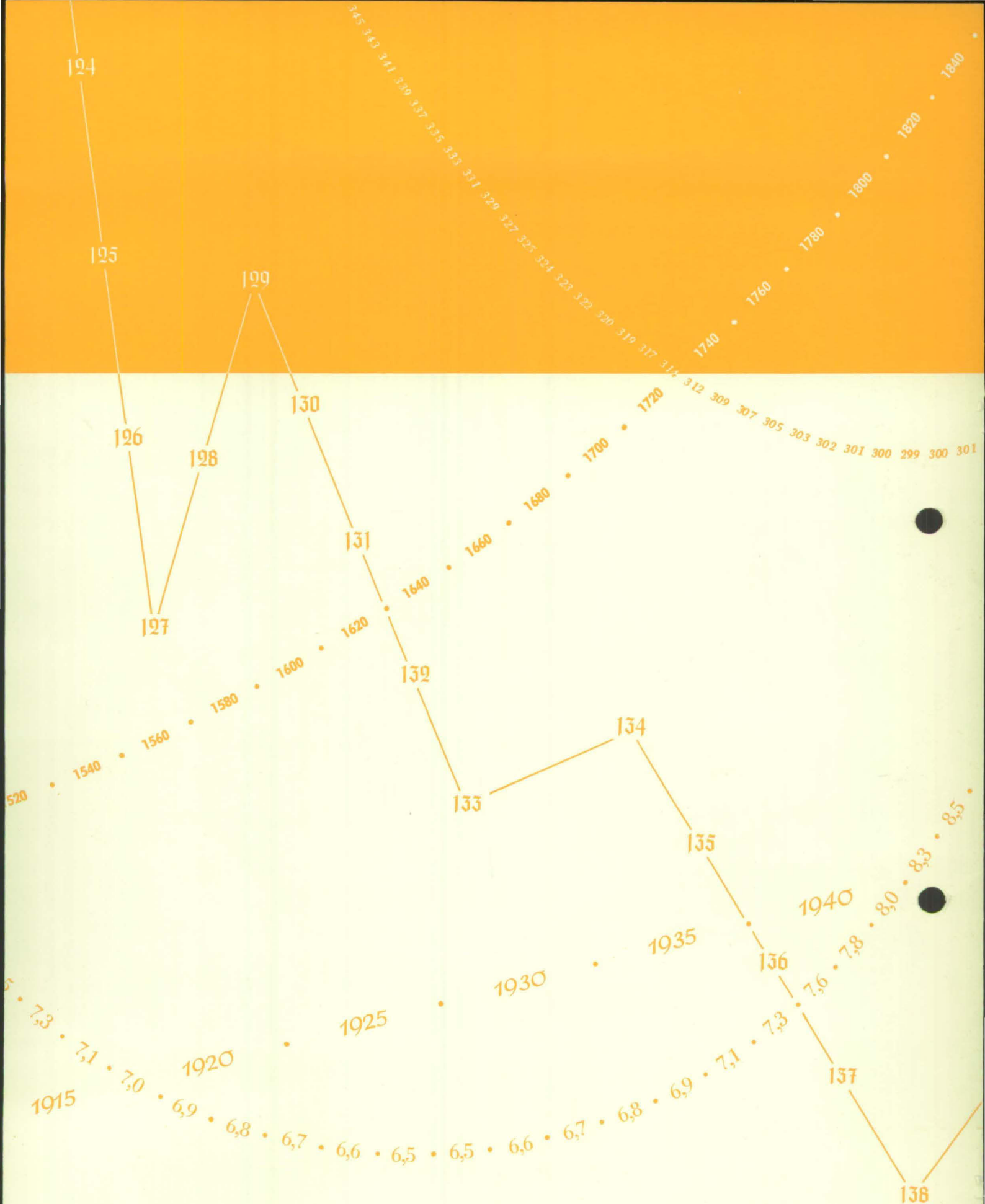
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1966			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im August 1967				Bestand an Spar- einlagen 7) am 31. 8. 1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 2. Vj. 1967		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einw. 5)								
Schleswig-Holstein	543	421	171	1 331	72	1 884	147	1 574	100	192	45
Hamburg	402	354	191	855	17	1 199	142	2 976	280	1 096	83
Niedersachsen	1 551	1 186	171	3 572	261	5 087	150	1 941	100	173	48
Bremen	147	126	169	326	6	378	118	2 234	182	564	71
Nordrhein-Westfalen	3 361	2 799	167	7 397	357	10 387	145	2 288	146	243	60
Hessen	1 217	965	185	2 529	128	3 715	152	2 298	175	210	65
Rheinland-Pfalz	807	601	167	1 828	110	2 707	154	1 903	115	183	53
Baden-Württemberg	2 013	1 551	182	3 874	212	5 794	155	2 290	161	222	64
Bayern	2 476	1 783	175	5 201	311	7 657	153	2 184	133	185	54
Saarland	213	171	151	472	16	654	142	1 722	95	136	36
Berlin (West)	367	323	147	947	14	1 243	133	1 666	88	416	67
Bundesgebiet	13 096	10 280	172	28 332	1 504	40 705	149	2 165	141	248	58

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
2) ohne Bau, arbeitstäglich 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen
8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen